

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Platzvorschriften ausgeschlossen. ♦ Postfach-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 808 21. ♦ Telegr.-Adr.: Mittelverband Bochum.

Nur ein Zwischenruf!

P. Z. Dieser Pessimismus beherrscht zur Zeit die Stimmung aller Volksteile. Die Wirtschaftstatsachen sprechen eben zu deutlich, als daß man mit optimistischen Zukunftsvorhersagen darüber hinwegtäuschen könnte. Hier hilft keine Gesundheitsbetriebe à la Coué: „Es geht uns von Tag zu Tag besser!“ Unsere Zeit braucht Taten!

Leider scheint das immer noch nicht in das Bewußtsein aller Verantwortlichen eingedrungen zu sein, von der Allgemeinheit gar nicht zu reden. Vielleicht liegt es daran, daß man eben den Sinn und das Wesen dieser Krise noch nicht erfaßt hat. Wie stupide diesbezüglich noch weite Kreise eingestellt sind, zeigt die Tatsache, daß der ganze nationalsozialistische Troß, von Hitler angefangen bis zu Dingeldey (Deutsche Volkspartei), die Krisenursache „im Marxismus“ glaubt erkannt zu haben. Sieht man etwas näher zu, was wohl diese Leute unter Marxismus verstehen, dann findet man: Kampf um Erhöhung oder Erhaltung der Löhne, Kampf um Warenverbilligung, Kampf um ausreichende Sozialversorgung (in Krankheitsfällen, bei Invaldität, nach schweren Unfällen). Weiter: Kampf um Arbeitszeitverkürzung, um Ausgestaltung des Arbeitsrechtes usw. All das ist nach der stupiden Auffassung des nationalsozialistisch-reaktionären Volksteiles Marxismus.

Mags drum sein: Gegen Dummheit kämpfen leider Götter selbst vergebens! Wir werden es deshalb wahrscheinlich auch nicht fertigbringen, diese Antimarkisten belehren zu können. Daneben aber gibt es noch einen beträchtlichen Volksteil, der den sozialen Lebensprozeß und den Wirtschaftsmechanismus etwas nüchterner zu beurteilen versteht. An ihn allein können wir uns wenden, wenn wir über notwendige Taten in dieser Misere, in dieser Wirtschaftsnöte diskutieren wollen.

Und da möchten wir ganz dringlich raten, an der Verwirklichung von Taten mitzuwirken und nicht die Zeit zu verschwenden mit theoretischen Diskussionen über den Wert oder Unwert zur Verwirklichung gestellter Tatvorschlüsse. Es wirkt schon fast lächerlich, wie dann, wenn irgendwo und irgendwann jemand einen Tatvorschlag macht, sich alles unbedenklich erhebt, um „überzeugend“ und „für jeden Nachdenkenden klar“ zu „beweisen“, daß der Vorschlag nichts taugt und die Lage nur verschlimmere.

Das war so, als die Gewerkschaften die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit, also auf Aufteilung der vorhandenen Arbeitsmöglichkeit auf die verfügbaren Arbeitskräfte erhoben, das war auch wieder so, als der Reichsfinanzminister seine Subventionierungspläne ankündigte.

Mit Verlaub! Alle, die sowohl die Forderung der Gewerkschaften als auch die Forderung des Reichsfinanzministers schon „bei einigem Nachdenken“ und „bei nüchterner Ueberlegung“ als „Utopie“, als „gefährliches Spiel“, als „Phantasterei“ erkannt hatten, was ist denn ihnen an **positiver Erkenntnis** über notwendige Maßnahmen eingefallen bei ihrem „einigen Nachdenken“, bei ihrer „nüchternen Ueberlegung“? Nicht mehr als: Nichts! Das ist verflucht wenig. Und das wäre verflucht gefährlich, denn wenn das eine nichts taugt, aber etwas anderes nicht da ist, na, dann wurchteln wir eben weiter — nach der Auffassung dieser negativen Kritiker.

Aber so geht es nicht. Etwas muß getan werden. Und wenn man den Dietrichschen Plan ablehnen wird, dann muß man sich eben für die Forderung der Gewerkschaften entscheiden. In einzelnen Kreisen scheint man das ja auch schon einzusehen. Das Problem der Arbeitszeitverkürzung gewinnt immer mehr an Sympathie. Hier aber haben wir als Gewerkschaften ebenfalls, gleich im Anfang, ein ganz deutliches Wort zu reden über

Die Kosten der Arbeitszeitverkürzung.

Darüber darf sich niemand Illusionen machen: **Arbeitszeitverkürzung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit bedeutet für die Arbeiter Lohnkürzung!** Es ist völlig ausgeschlossen, daß die Arbeitszeit um acht bis zwölf Stunden wöchentlich gekürzt werden könnte bei Aufrechterhaltung der bestehenden Löhne. Wenn trotzdem die Gewerkschaften sich zu der Forderung auf Arbeitszeitverkürzung zur Milderung der Arbeitslosennot bekennen, dann sind sie in erster Linie bestimmt von ihrem solidarischen Pflichtempfinden gegenüber allen Angehörigen der proletarischen Klasse, also auch der Arbeitslosen. Das heißt also, daß die organisierte Arbeiterschaft zu weiteren großen Opfern für ihre arbeitslosen Klassenbrüder bereit wäre. Das heißt aber auch, daß dieses Opfer der Arbeiterschaft der Volksgemeinschaft zugute kommt!

Es wäre deshalb einfach unerträglich, wenn auch dieses Krisenopfer wieder die Arbeiterschaft allein tragen müßte. Das würde geeignet sein, das Vertrauen in den neuen Staat und das neue System bei ihr völlig zu untergraben. Mißtrauisch ist sie ja heute schon zum großen Teil. Es ist eben nicht abzutreten, was die Arbeiterschaft heute schon immer einwirft, daß ihre materielle Existenzbasis im Ver-

hältnis zu den sogenannten gehobenen Schichten sich im neuen Staate zumindest nicht verbessert hat. Man vergleiche hierzu die Gehaltsentwicklung in Staat und Kommunen und die Bezahlung der leitenden Personen in der privaten und auch der öffentlichen Wirtschaft.

Dazu lastet das ganze Krisenrisiko nach wie vor auf der Arbeiterschaft allein. Sollte ihr nun auch jetzt wieder eine Arbeitszeitverkürzung neue gewaltige materielle Einbuße bringen, ohne daß die übrigen Volksschichten von diesem notwendigen Opfer betroffen würden, dann müßte sie das zur Auflehnung treiben!

Jedliche Maßnahme irgendwelcher Art also, die solche neue materielle Opfer der Arbeiterschaft verlangt, kann nur dann in Angriff genommen werden, wenn parallel damit zumindest gleich große Opfer von allen anderen Volksschichten verlangt werden!

Ueber diese Tatsache muß man sich zuerst klar sein, wenn man an die Verwirklichung von Arbeitszeitverkürzung zur Behebung der Arbeitslosigkeit herangeht. Heute

schon verdienen Millionen nicht mehr über 150 M. Eine Arbeitszeitverkürzung um acht Stunden wöchentlich würde dieses Einkommen mindestens um weitere 15 Prozent kürzen. Und das nur, weil es sich als „Krisenmaßnahme“ eben als dringlich erweisen würde.

Und davon könnten alle anderen Einkommen jener bevorzugten Schichten unberührt bleiben? Wir stellen nur diese Frage. Beantworten sie sich jeder so, wie er glaubt, daß es richtig sei. Wie es notwendig wäre, darüber dürfte man sich in Arbeiterkreisen wohl keiner langen Diskussion hinzugeben brauchen. Zu empfehlen ist, sich recht frühzeitig mit dieser Frage zu befassen. Der Reichsfinanzminister hat nämlich jetzt schon (am 14. Januar im Reichshaushaltsausschuß) betont, daß an eine weitere Senkung der Beamtengehälter nicht mehr gedacht werden könnte. Finanzpolitisch gilt das auch für alle anderen Einkommen, mit Ausnahme des Arbeitslohnes natürlich. Es ist also wirklich notwendig, rechtzeitig daran zu denken, damit die Arbeiterschaft nicht eines Tages vor fertige Tatsachen gestellt wird, soweit es ihren Teil angeht, während man dann erst „selbstverständlich“ und „gebieten durch die einfachste Ueberlegung“ auch die andere Seite zur Leistung von ihrem Teil der Krisenopfer heranzuziehen „versuchen“ müßte.

Wo bleibt die Reichshilfe für die Knappschaft?

Als in der Hauptversammlung der Reichsknappschaft am 21. November 1930 die Vertreter der Bergarbeiter den Vorschlägen zustimmten, die vom Vorstande der Reichsknappschaft zur Satzungsänderung gemacht wurden, um gewisse Leistungen der Pensionsversicherung entweder zu kürzen oder ganz in Fortfall bringen zu lassen, sprachen die anwesenden Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ihre Genugtuung darüber aus, daß die Selbstverwaltung in der Knappschaft sich freiwillig zu einem solchen Schritt aufgeschwungen hat. Einer der Herren sagte hierbei wörtlich, daß der Bericht, den er von dem Verlauf der Hauptversammlung an den Herrn Reichsarbeitsminister und an den Herrn Reichsanzler geben könnte, die Folge haben würde, welche die Reichsknappschaft aus ihrer Handlung erwarte.

Den Vertretern des Reichsarbeitsministeriums war aber bekannt, daß die Vertreter der Bergarbeiter erwarteten, daß die weiteren Zuschüsse, die trotz der vorgenommenen Kürzungsmaßnahmen erforderlich sind, um die Einnahmen der Arbeiterpensionskasse mit ihren Ausgaben in Einklang zu bringen, vom Reich der Knappschaft gewährt würden. Deshalb mußte sie auch damit rechnen, daß die Vertreter der Bergarbeiter einen solchen Auspruch von Vertretern eines Ministeriums als feste Zusage betrachteten. Das taten die Versicherungsvertreter auch. Sie konnten es um so mehr, als auch der Reichsarbeitsminister selbst in seinem Schreiben an den Vorstand der Reichsknappschaft vom 1. Oktober 1930 Wehnlisches in Aussicht stellte, falls die Selbstverwaltung die von ihm geforderte Beseitigung von Ueberschneidungen vornehmen würde. Nach Schluß der Hauptversammlung gingen sie deshalb mit dem Bewußtsein in die Reviere, durch ihre Zustimmung zu den Kürzungsmaßnahmen dem Reichsarbeitsminister die Hilfsmaßnahmen für ihre notleidende Pensionsversicherung erleichtert zu haben.

Sollten die Vertreter der Bergarbeiter und mit ihnen die gesamte im Bergbau beschäftigte Arbeiterschaft, die Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen geläufigt worden sein?

Es ist kaum glaublich, aber es scheint bald so! Seit der Hauptversammlung sind nämlich bereits zwei Monate verfloßen. Die Knappschaft hat ihre Reserven, die sie flüssig machen konnte, verbraucht. Von den Zuschüssen des Reiches hört und sieht sie aber nichts; dafür schwirren aber Gerüchte und in der Tagespresse Meldungen, wonach diese und jene Pläne von der Regierung erwogen würden, um die Knappschaft zu sanieren. Soviel man hört, enthalten aber alle diese Pläne mehr oder weniger verhüllt den Gedanken, die Sanierung auf Kosten der Versicherer vorzunehmen. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen sowohl die Bergarbeiter als auch die Knappschaftspensionsempfänger in einer großen

Unruhe über das Schicksal der Knappschaft

leben. Die Ungewißheit darf aber nicht mehr länger dauern! Die Bergarbeiter verlangen von der Regierung klare Stellungnahme! Sie können nicht warten, bis der letzte Pfennig der Reserven verbraucht ist und die Knappschaft eines Tages den Invaliden, Witwen und Waisen sagen muß: „Es tut uns leid! Es ist aber kein Geld da, ihr könnt nichts mehr erhalten!“ Wenn an der Entwicklung dieser Zustände die Selbstverwaltung der Knappschaft schuldig wäre, dann müßte sie dies vor der Bergarbeiterchaft verantworten. Das ist sie aber nicht!

Als nämlich am 1. Januar 1924 die neue Reichsknappschaft, die noch das ganze Jahre 1924 hindurch in der Bildung ihrer neuen Organisationsform begriffen war, die Pensionen nach dem neuen Gesetz zahlen sollte, konnte sie ihrer Verpflichtung nicht überall nachkommen, weil nur soviel Mittel vorhanden waren, wie die Dezemberbeiträge von 1923 ausmachten, die zum

erstenmal in stabilisierter Währung erhoben wurden. In einzelnen Bergbaubezirken konnte die Knappschaft erst am Schluß des Jahres die gefälligen Pensionen zahlen. Angesichts dieser Umstände mußten die Beiträge so hoch festgesetzt werden, daß sie für die Zahlung der Leistungen genügten und die schnelle Ansammlung einer Rücklage ermöglichten. Sie waren damals und in der folgenden Zeit auch wesentlich höher gewesen, als dies jetzt der Fall ist.

Nach Inkrafttreten der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz am 1. Juli 1926 betrug allein der Beitrag zur Gemeinlast der Pensionskasse 8,5 Prozent. Mit dem Beitrag zur Sonderlast gingen die Beiträge der Pensionskasse in verschiedenen Bezirken bis zu 15 Prozent des Lohnes. Wäre 1927 auch nur ein Beitrag von 8,5 Prozent erhoben worden, hätte bereits damals die Arbeiterabteilung der Pensionskasse einen Fehlbetrag von 53 Mill. Mark im Jahre aufzuweisen gehabt. Zugegeben, daß die Beiträge zur Pensionskasse von den Bergarbeitern als drückend empfunden werden mußten. Sie wurden dennoch von ihnen gezahlt, weil die aktiven Bergarbeiter das Elend sich vorstellten, dem ihre älteren Kameraden ausgeföhrt gewesen wären, wenn die Knappschaftspensionen ihnen nicht als letzter Notanker gedient hätten. Die Zahl der Entlassenen ging bereits 1924 in die Hunderttausende.

Obgleich wir an dieser Stelle bereits mehrmals darauf hingewiesen haben, daß unter den Lasten, die die Bergarbeiter für die Pensionskasse zu tragen hatten, viele waren, die ihnen zu Unrecht aufgebürdet wurden, erachten wir es für notwendig, auch in dieser Abhandlung dies festzustellen, da nach unserer Auffassung dieser Umstand von den maßgebenden Stellen zu wenig beachtet wird. Selbst die Arbeitgebervertreter, die eine gewisse Befriedigung darüber empfanden, daß die neugeschaffene Pensionsversicherung schwer um ihr Dasein zu ringen hatte, sahen dies ein. Aus diesem Grunde stimmten auch sie in der Hauptversammlung 1928 einer Entschließung zu, durch die das Reich ersucht wurde, wenigstens die Kriegslasten, die von der Pensionsversicherung als drückend empfunden wurden, zu übernehmen. Zu den direkten Kriegslasten, die von den Bergarbeitern für die Kriegsoffer zu tragen waren, kamen noch die anderen Lasten, die als Folge des verlorenen Krieges entstanden. Es waren Lasten, die der Knappschaft durch die Abtrennung von Elsaß-Lothringen, Ost-Oberschlesien und der vorübergehenden Abtrennung des Saargebietes bedingt wurden. Auch die Tragung der Lasten, die durch die Befreiung von Werken von der Knappschaftsbeitragspflicht ohne eine Entschädigung entstanden, bedeutete ein Unrecht, wenn sie auf den Bergarbeitern allein hängen blieb.

Wir wollen weniger davon reden, daß durch die Leistungen der Pensionskasse die Allgemeinheit in erheblichem Maße entlastet wurde, da für die Bergarbeiter die allgemeine Wohlfahrtspflege nichts mehr zu leisten brauchte, weil sie die Knappschaftspensionsempfänger auf die Leistungen der Knappschaft verweisen konnte. Erhält jedoch die Knappschaft vom Reich keine Zuschüsse, so ist

dieser Zustand auf die Dauer nicht haltbar.

da er sich als eine besondere Besteuerung der Bergarbeiter auswirkt. Wäre das Reich damals seiner moralischen Verpflichtung nachgekommen und hätte es der Knappschaft einen Betrag von 200 Mill. M., der sich aus den hier erwähnten Belastungen ergab, zugewendet, dann hätte die Selbstverwaltung der Knappschaft die Beiträge in einem geringen Maße herabsetzen können. Auf keinen Fall hätte sie dies in einem solchen Ausmaße getan, wie sie nachher durch die Bez. Brüning, die eine Zuwendung an die Knappschaft nur unter der Bedingung vorsah, daß sie die Beiträge für die Sonderlast vollständig aufhob, gezwungen wurde.

Es war also nicht die Selbstverwaltung, die eine kurzfristige Diktatur gemacht hat, sondern andere Stellen!

Angesichts dieser Tatbestände ist es kaum begreiflich, daß die Regierung die Knappschafft dann im Stiche ließ, als es dieser durch die Wirtschaftskrise, die namentlich den Bergbau schwer traf, am schlechtesten ging.

Namentlich steht das Verhalten vieler Regierungsstellen gegenüber der Knappschafft nicht mit den Worten im Einklang, die man sonst für die Bergarbeiter übrig hat.

Obgleich nämlich das Reichsknappschaffengesetz vom 1. Juli 1928 eine Zahlung von Entschädigungen für ausgeschiedene Werke an die Knappschafft vorsieht, hat das Reichsarbeitsministerium den Werken ermöglicht, sich indirekt von der Zahlung dieser Entschädigung zu drücken.

Alles starrt nur auf die Leistungen der Knappschaffenspensionsversicherung, ohne zu bedenken, daß

alle diese Leistungen bisher nur durch Geldopfer der Bergarbeiter

ermöglicht waren. Im Grunde genommen werden die Bergarbeiter viel schlechter behandelt als andere Berufe.

arbeiter als durch die Unfallversicherung entschädigungspflichtige Berufskrankheit bisher nur aus den Erwägungen heraus abgelehnt hat, daß die Pensionskasse im Falle der Berufsunfähigkeit der Bergarbeiter durch diese Krankheit mit Pensionen eintritt.

Soll bei den Bergarbeitern das ungemein verbitternde Gefühl aufsteigen, daß man für sie nur Worte, Worte und nochmals Worte, nicht aber Taten übrig hat, so muß die Regierung hier eingreifen! Bisher haben die Bergarbeiter das Empfinden, daß es ihr tragisches Geschick ist, daß, je mehr öffentliche Anteilnahme man ihnen bekundet, um so weniger für sie getan wird!

„Wo bleibt die zugesagte Reichshilfe für die Knappschafft?“

Lohnkampf vor dem Arbeitsgericht.

Durch Rechtschutz 500 000 M. wieder erstritten!

Dreieinhalb Jahre sind vergangen, seitdem das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft getreten ist. Erst dieses ermöglichte es unserem Verband, nicht nur besser als bisher Uebergriffe seinen Mitgliedern gegenüber abzuwehren, sondern auch die Umformung eines bis dahin geltenden Rechts zu beeinflussen.

Am stärksten umstritten sind nach wie vor die Urlaubsstreitfragen aus den einzelnen Tarifverträgen. So waren auch von den 31 Streitfällen am Reichsarbeitsgericht allein 12 Urlaubsfragen.

Im großen und ganzen konnten auch im verflochtenen Jahre die Angriffe auf unser Urlaubsrecht abgewehrt werden. Das Reichsarbeitsgericht hat dank einer zielbewußten Vertretung an seiner grundlegenden Entscheidung nicht rütteln lassen.

Nicht weniger wichtig sind die Streitfragen aus dem Gedingeverhältnis. Hier hat insbesondere die Gedingeklausel aus dem Tarifvertrag für den Ruhrbergbau es schon zu einer „Berühmtheit“ gebracht.

Die achtstündige Schichtzeit unter Tage und bis zu zwölfstündige Schichtzeit über Tage sollen weiter beibehalten werden bis zum 31. Oktober 1931. Der Lohnschiedspruch setzt eine Frist fest bis zum 31. Juli 1931.

es aber ein Erfolg, wenn man dazu noch eine Entscheidung nimmt, die am Schluß des Jahres auf Betreiben des Verbandes durch das Reichsarbeitsgericht gefällt worden ist.

Daß auch der Unternehmer diese Erfolge in Urlaubs- sowie in Gedingestreitfragen richtig einzuschätzen vermag, beweist seine Flucht in die Öffentlichkeit. So wird insbesondere in der „Berliner Börsen-Zeitung“ vom 17. Dezember 1930 zu diesen Fragen Stellung genommen und festgestellt, daß durch die Rechtsprechung auf Betreiben des Verbandes es leider gelungen sei, eine ein Jahrzehnt herrschende Rechtsauffassung vollständig umzuformen.

Zahlreich sind auch die anderen Lohnstreitigkeiten, für die erweiterter Rechtschutz im vergangenen Jahre gewährt wurde. Umstritten ist immer noch die Bezahlung der Invaliden.

Auch die Rechte aus dem Betriebsrätegesetz werden vom Unternehmer noch oft genug bestritten. Manche derselben versuchen sogar mit einem gewissen Eifer, unsere Betriebsräte in den Maschen des Gesetzes zu verstricken, um sie dann auf rechtlichem Wege loszuwerden.

Wenn im Jahre 1930 mit Hilfe der Rechtschutzaktivität des Verbandes an den Arbeitsgerichten und Spruchinstanzen, weiter in 254 Fällen mit Hilfe des erweiterten Rechtschutzes an den ordentlichen sowie den Landesarbeitsgerichten und in 31 Fällen am Reichsarbeitsgericht rund eine halbe Million Mark dem rechtmäßigen Besitzer wieder zugeführt werden konnte, so ist dieses ein großer Erfolg.

Lohnverhandlungen für den oberbayerischen Kohlenbergbau.

In den unter Vorsitz des Landesschiedsrichters für Bayern am 13. Januar stattgefundenen Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen forderten die Arbeitgeber einen Lohnabbau von 14,3 Proz. und die Erneuerung des Mehrarbeitsabkommens.

nur noch einen monatlichen Verdienst von 78,85 M. haben. Wie eine Arbeiterfamilie mit 78,85 M. im Monat leben soll und davon auch noch alle anderen Ausgaben, wie Miete, Kleidung usw., bestreiten soll, bleibt das Geheimnis der Arbeitgeber, da sie die Antwort auf diese Frage schuldig blieben.

Die Arbeitgeber bezürdeten ihre Forderung mit den schwierigen Konjunkturverhältnissen und der am 1. Dezember eingetretenen Herabsetzung der Kohlenpreise um durchschnittlich 50 Pf. pro Tonne.

sind also nicht, wie die Unternehmer behaupten, heute in einer schlechteren Lage als 1927-28, sondern, wie die Leistungssteigerung beweist, in einer besseren Lage.

	1. 4. 26	1. 10. 28	15. 12. 30	mehr +
Stück- und Grobkohle	24,32	25,20	24,90	+ 0,58 M.
Brocken und Würfel	25,81	28,10	26,90	+ 1,09 M.
Gewaschene Ruß I	18,85	18,85	18,85	
Gewaschene Ruß II	16,87	16,87	16,87	
Waschgrieß	12,90	13,90	13,90	+ 1,00 M.
Rohgrieß	8,95	9,90	9,90	+ 0,95 M.
Staub	6,48	7,40	7,40	+ 0,92 M.
Abfall	8,94	10,40	10,40	+ 1,46 M.

Wer die Leistungssteigerung und die Kohlenpreise in Vergleich stellt, wird ohne weiteres feststellen, daß die Werke nicht schlechter, sondern besser als in den Vorjahren gestellt sind.

Die Löhne im oberbayerischen Kohlenbergbau gehören jetzt schon zu den niedrigsten. Außerdem haben die Werke schon durch Regelung der Gedinge und Abzug von nichttariflichen Zulagen ihr Lohnkonto herabgesetzt.

Schiedsprüche in Oberschlesien.

Unter dem Vorsitz des Schlichters Professor Brahn wurden die Ende Dezember 1930 verhandelten Schlichtungsverhandlungen für den ober-schlesischen Steinkohlen- und Erzbergbau am 13. Januar fortgesetzt und in später Abendstunde durch Entscheidung einer Schlichterkammer Schiedsprüche in den bestehenden Streitfragen: der Dauer der täglichen Arbeitszeit, der Lohnfrage und des Manteltarifs, gefällt.

Die achtstündige Schichtzeit unter Tage und bis zu zwölfstündige Schichtzeit über Tage sollen weiter beibehalten werden bis zum 31. Oktober 1931. Der Lohnschiedspruch setzt eine Frist fest bis zum 31. Juli 1931.

In den am 15. Januar stattgefundenen Nachverhandlungen in Berlin haben unsere Vertreter dringend vor einer Verbindlichkeitsklärung dieser Schiedsprüche gewarnt, welche den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den sozialpolitischen Erfordernissen keinerlei Rechnung tragen.

4. Woche vom 18. bis 24. Januar 1931

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit

Sieg oder Niederlage?

Ein Nachwort zum Lohnkonflikt im Ruhrbergbau.

Der tarifliche Lohnabbau von 6 Prozent hat unter den Ruhrbergarbeitern eine tiefe Empörung ausgelöst. In erregter Form wird in zahllosen Diskussionen, Versammlungen und Konferenzen immer wieder die Lohnfrage erörtert. Dabei fehlt es nicht an Meinungsverschiedenheiten und Vorwürfen, an Anklagen und Beschuldigungen, kurzum, die Wogen gehen wieder einmal hoch! Wenn aber die Welle der Empörung sich nicht an die falsche Adresse richten und nicht nutzlos verausachen soll, gilt es zunächst ernstlich zu prüfen, wo die wirklichen Gründe der gegenwärtigen Notlage und der Mißstände liegen. Erst nachdem man diese Schuldfrage geklärt hat, gilt es, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, um in Zukunft neues Unrecht einmütig abzuwehren.

Geht man in der Beurteilung der Lohnfrage von der Lebenslage des Bergmanns aus, dann ist die

Empörung gegen den Lohnabbau absolut berechtigt.

Wiederholt wurde an dieser Stelle schon darauf verwiesen, daß das heutige Existenzminimum des Bergarbeiters nicht mehr geschildert werden darf, da infolge der millionenfachen Feierschichten bei den meisten Bergarbeiterfamilien schon seit Monaten faktisch ein erheblicher Lohnabbau zu verzeichnen ist. Wo aber der Lohn kaum ausreicht, um das Lebensnotwendigste zu bestreiten, da hört die Diskussion über die Berechtigung eines Lohnabbaues von vornherein auf. Da taucht höchstens die Frage auf: Muß das wirklich so sein? Ober:

Ist Deutschland so arm, daß sich der schwerbeschäftigte Bergmann nicht mehr halten darf?

Fürwahr, diese Frage berührt ein sehr ernstes Problem, denn wenn auch die Bergarbeiter vielfach in Kolonien und abseits der großstädtischen Zentren wohnen, dann bleibt es ihnen doch nicht verborgen, daß die „oberen Zehntausend“ nach wie vor ihr Luxusleben weiterführen und in ihren Lebensansprüchen von einer Krise nichts merken. Aber abgesehen von dieser Oberschicht ist es auch kein Geheimnis, daß die Millionenschicht von Gehaltsempfängern und Festbesoldeten von der Krisennot bis jetzt wenig gemerkt hat, weil es bei dieser Gruppe ja keinen Lohnausfall durch Feierschichten gibt. Und weiter: Nachdem offiziell feststeht, daß in der tariflichen Lohnstatistik die Bergarbeiter innerhalb der einzelnen Berufsgruppen bezüglich der Lohnhöhe erst an fünfzehnter Stelle stehen, ist es wirklich nicht berufsegoistisch gedacht, wenn die Bergarbeiter fragen: Warum soll der Bergarbeiterlohn zuerst abgebaut werden? Diese Frage ist um so berechtigter, da man anlässlich der großen Grubenkatastrophen im letzten Jahre den Bergarbeitern eine große Portion Mitleid und Beileid spendete. Die Bergarbeiter fragen also, mit welchem Recht, wieso und warum man ausgerechnet von denen, die täglich bei der Ausübung ihres Berufes soviel unfreiwillige Opfer bringen müssen, weitere Notopfer verlangt?

Bis jetzt hat den Bergarbeitern diese Frage so recht noch niemand beantwortet. Man wird ihnen auch die letzte Beantwortung schuldig bleiben müssen. Wüßten? Jawohl, denn solange wir die heutige unberechtigte Einkommensverteilung haben,

solange man die Großverdiener ungehört läßt, wird jedes Notopfer, das man von dem Bergmann „im Volksinteresse“ verlangt, ein großes soziales Unrecht sein und bleiben.

Nach, ein grundsätzlicher Gesichtspunkt von schwerwiegender Bedeutung kommt hinzu: In den beiden letzten Jahrzehnten hat sich in der Welt und auch in Deutschland vieles geändert. Große wirtschaftliche, politische und rechtliche Umwälzungen haben auch die Lage der deutschen Arbeiterschaft in einem fortschrittlichen Sinne beeinflusst. In der Lebenswelt des Bergmanns hat sich auch vieles geändert, vor allem aber die bergmännische Arbeitsweise. An Stelle der früheren mehr handwerklichen und mehr individuellen Arbeit, deren Tempo der Bergmann selbst bestimmte, tritt infolge der weitgehenden Mechanisierung immer mehr ein kollektives Arbeitssystem, dessen Tempo von der Maschine bestimmt wird. Die früheren Handwerksgeräte sind durch Preßluftwerkzeuge verdrängt worden. Diese Veränderungen haben die Arbeit des Bergmanns nicht leichter gestaltet. Ihre Vorteile sind in erster Linie den Zeichenbesitzern zugute gekommen, da der Leistungssteigerung von rund 50 Prozent je Mann und Schicht im Vergleich zu 1913 bisher noch nicht in einer großzügigen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Ausdruck gekommen ist.

Die Bergarbeiter haben also, von ihrer Lebensstellung aus betrachtet, allen Grund, unzufrieden und empört zu sein. Da, es wäre schlimm, wenn sie es nicht wären und sich willenlos mit den ungerechten Zuständen von heute zufriedengeben wollten.

Und dennoch Lohnabbau.

Die ersten Pläne zu einer Lohnsenkung im Bergbau tauchten schon im Juli 1930 auf. So brachte beispielsweise die „Kölnische Zeitung“ während der Tagung unserer Generalversammlung in Breslau eine Meldung, in der einem Abbau

Un die Bergarbeiter Deutschlands!

Bergarbeiter! Kameraden! Die meisten Industrieländer leiden gegenwärtig unter einer Wirtschaftskrise, wie sie die Welt noch nicht erlebt hat. Allein in Deutschland sind zur Zeit 4,5 Millionen Arbeitslose vorhanden. Im letzten Jahre hat sich die Zahl der deutschen Bergarbeiter um etwa 150 000 Mann verringert. Außerdem hat man zahlreiche Feierschichten eingelegt, die den Bergarbeitern im Ruhrgebiet und in Oberschlesien allein einen Lohnverlust von 95 Millionen Mark brachten. Die Lohneinbuße infolge Massenentlassungen kann gleichfalls auf 150 bis 160 Millionen Mark geschätzt werden. Die Not in den deutschen Bergbauvierecken ist daher riesengroß. Der Versuch der Unternehmer, in dieser Notzeit die Löhne um 10 bis 12 Prozent zu kürzen und die sozialen Leistungen abzubauen, muß unter der Bergarbeiterchaft eine große Erbitterung und Empörung wachrufen.

Unser Verband hat bisher nach bester Möglichkeit versucht, den geplanten Lohnabbau abzuwehren. Im Ruhrbergbau, wo die Unternehmer einen Lohnabbau von 12 Prozent forderten, sind die Verhandlungen mehrmals ergebnislos abgebrochen worden. Die drohende Aussperrung der Ruhrbelegschaft durch die Unternehmer ist dann in letzter Stunde durch das Eingreifen der Regierung verhindert worden, indem man mit Hilfe eines neuen Schlichtungsverfahrens gegen unseren Willen einen sechsprozentigen Lohnabbau durchführte. Dieser Lohnabbau wäre sicherlich nicht zu verzeichnen und hätte vielleicht ganz vermieden werden können, wenn die organisierte Widerstandskraft der Bergarbeiter größer gewesen wäre. Hätten wir dagegen dem Vorgehen der Unternehmer nicht einmal unsere jetzige Organisationsmacht entgegenstellen können, dann würden sie ihre Ziele rücksichtslos durchgesetzt haben. Mehr denn je sind gerade jetzt die Unternehmer gegen die Tarifverträge, gegen die Arbeitslosenversicherung und andere Errungenschaften. Würde ihre Macht ausreichen, diese Sicherungen zu beseitigen, dann müßte eine völlige Verelendung der Arbeiterschaft und eine unbegrenzte Willkürherrschaft die Folge dieser Politik sein.

Kameraden! In dieser Zeit eines erbitterten Abwehrkampfes ist die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Bergarbeiter dringendes Gebot. Nachdem die Bergarbeiter schon in vier Verbände zerpflickert sind, ist es als verbrecherisch zu bezeichnen, daß die Kommunisten in der gegenwärtigen Notzeit einen fünften Verband, den sogenannten Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands, gegründet haben. Dieses Vorgehen ist um so verwerflicher, als die frühere kommunistische und „revolutionäre“ Bergarbeitergewerkschaft, die Union, 1925 glänzend zusammengebrochen ist.

Kameraden! Wir fordern euch daher dringend auf, den gewissenlosen Treibereien der Kommunisten energisch entgegenzuwirken! Ein sachlicher Grund für die Schaffung neuer Organisationen lag nicht vor. Gerade in den letzten Wochen herrschte zwischen Mitgliedschaft und Organisationsleitung eine seltene Einmütigkeit über die Taktik des Verbandes. Und noch vor wenigen Monaten wurde der Vorstand des Verbandes einstimmig, d. h. mit den Stimmen der kommunistischen Vertreter, gewählt.

Ganz entschieden sind aber die Mittel zu verurteilen, die von kommunistischer Seite in letzter Zeit angewandt wurden, um die Gründung eines neuen Verbandes zu rechtfertigen. So hat man beispielsweise in der kommunistischen Presse einen unglaubwürdigen Lügenfeldzug gegen unseren Verband eröffnet, der an Niederträchtigkeit nicht mehr zu überbieten ist. In Verbindung mit dieser gewissenlosen Heße hat man im Ruhrgebiet und in Oberschlesien unter Anwendung eines ungeheuren Terrors versucht, die Belegschaften in einen Streik zu hegen. Diese Streikversuche sind nach drei bis fünf Tagen kläglich zusammengebrochen. Am 11. Januar 1931 hat man auf der Gründungskonferenz des kommunistischen Verbandes in Duisburg den Beschluß gefaßt, am 12. und 13. Jan. einen zweiten Streik zu beginnen. Die Belegschaften fuhren jedoch an den Tagen vollzählig an. Bemerkenswert für diese Aktion ist auch, daß die kommunistische Partei schon monatelang vorher Streikführerliste abhielt und besondere Richtlinien für einen politischen Massenstreik herausgab. Daraus geht hervor, daß es sich bei der ganzen Aktion nicht um einen Kampf um die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter, sondern um die Durchführung von Mostauer Parolen und kommunistischer Parteibeschlüsse handelte.

Kameraden! Da es unmöglich ist, die Lügen und Phrasen, die von kommunistischer Seite täglich verbreitet werden, alle sofort zu berichtigen, fordern wir euch auf, diesen parteipolitischen Machenschaften grundsätzlich keine Beachtung zu schenken. Laßt euch durch gewissenlose Phrasen nicht verwirren und noch weniger zerpflickern. Wartet nach wie vor dem alten Verband, der allen Anstürmen zum Trotz seit mehr als vierzig Jahren die bewährte Kampforganisation der Bergarbeiter ist, wahrer unzerstörbarer Organisation die Treue! Ueber diese Krisenzeit und jegliche Notlage hinweg werden wir dann bald zu neuen Erfolgen und Fortschritten kommen!

Bochum, den 17. Januar 1931.

Mit Glückauf!

Vorstand, Kontrollauschuss und Beirat des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands:

Jr. Hufemann, August Schmidt, Herm. Bittner, Albert Marxmöller, Karl Borgschulte, Karl Diekmann, Ludwig Lehmann (Bochum). — Otto Hoffmann, Emil Ständeke, Julius Bloß, Wilh. Kauermann, Ferdinand Höhn, Gustav Junga, Karl Lübke, Isidor Pabel, Herm. Wolber, Robert Schmelzing (Ruhrrevier). Wilhelm Nerge, Theodor Dahle (Bezirk Hannover); Ernst Bötker, Paul Daniel (Bezirk Zeitz); Martin Kiefner, Emil Körber (Bezirk Halle); Alb. Trentel (Bezirk Nordhausen); Max Becher, August Friedrich (Bezirk Saalfeld); Paul Bergmann (Bezirk Waldenburg); Peter Ohmann, Felix Wicik (Bezirk Gleiwitz); Christian Deubner, Heinrich Sattler (Bezirk Herborn); Ludwig Leiber (Bezirk Aachen); Joh. Rothelfer (Bezirk Köln); Mich. Schmitt, Emil Meyer, Karl Schneider (Saarrevier); Peter Müller (München); E. Sternitzky, P. Herrmann (Sachsen).

der Kohlenpreise in Verbindung mit einer Lohnsenkung das Wort geredet wurde. Kurze Zeit später verraten alle größeren Zeitungen mit Ausnahme der linksstehenden Presse den gleichen Standpunkt, zumal inzwischen der Zeichenverband geplant hatte, den Lohnsatz zu Ende September zu kündigen. So schrieb man beispielsweise in der „Frankfurter Zeitung“ schon am 15. August 1930 folgendes:

„Soweit uns bekannt, denkt man an eine Lohnreduzierung um 10 Prozent, der eine Kohlenpreissenkung um 1 Mark pro Tonne im Durchschnitt folgen soll. Mit Rücksicht darauf, daß der Ruhrbergbau in den kommenden Verhandlungen die erwähnte Verpflichtung der Preissenkung in Verbindung mit der Lohnsenkung eingehen will, ist wohl damit zu rechnen, daß ein etwaiger Schiedsspruch die Lohnsenkung in erwartetem Umfang ermöglichen wird.“

Am gleichen Tage meldete die „Berliner Börsen-Zeitung“:

„In welchem Ausmaße eine Herabsetzung der Löhne gefordert werden wird, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Der schon von anderer Seite genannte Satz von 10 Prozent hat jedoch einige Wahrscheinlichkeit für sich. Vertreter des Zeichenverbandes und der Gewerkschaften werden in der nächsten Woche erstmals zu Verhandlungen zusammentreten. Eine rasche Entscheidung wird als dringend notwendig bezeichnet.“

Und die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ brachte in Verbindung mit der Lohnfrage am 15. August folgendes:

„Erwähnt sei, daß die Lohnkosten des Auslandes erheblich niedriger sind als in Deutschland. Ein Barverdienst

der Gesamtbelegschaft des Ruhrbergbaues von rund 9 M. je Schicht und Kopf in den ersten vier Monaten dieses Jahres steht gegenüber einem Betrage von 4,63 M. für dieselbe Zeit in Polnisch-Oberschlesien, von 4,60 M. für Übertagearbeiter und 6,22 M. für Untertagearbeiter in Frankreich usw.“

Das industrielle Sprachorgan, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, äußerte sich wie folgt:

„Es handelt sich hier nicht um einen Angriff auf die Gewerkschaften, auf das staatliche Schlichtungssystem usw., sondern um den Zwang, durch Anpassung der Selbstkosten an die Lage einen Ausgleich herbeizuführen, wie er in anderen Ländern selbstverständlich ist.“

Die Pressestimmen, die von weitgehender Bedeutung für die öffentliche Meinung sind, zeigen also, daß man schon im August die Notwendigkeit eines Lohnabbaues für selbstverständlich erachtete. Wenn die Unternehmer damals ihr Ziel nicht erreichten, dann dürften die Argumente, die die Bergarbeitervertreter gegen einen Lohnabbau ins Feld führten, von entscheidender Bedeutung gewesen sein.

Der neue Angriff der Unternehmer

Im Ruhrbergbau fand unter ganz anderen Umständen statt. In der politischen Nachkonstellation waren durch den Ausgang der Reichstagswahlen grundlegende Veränderungen zum Nachteil der deutschen Arbeiterschaft eingetreten. Hinzu kam der wirtschaftliche Kurs der Brüning-Regierung mit dem Ziel eines allgemeinen Preisabbaues in Verbindung mit einer all-

Kameraden! Nachdem die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten (Arbeiterbank) in fast allen Gauen Deutschlands Filialen und Zahlstellen besitzt, sind auch unsere Mitglieder verpflichtet, ihr eigenes Geld-Institut in Anspruch zu nehmen. Für die Mitglieder und Funktionäre des Verbandes sind folgende Filialen und Zahlstellen erreichbar, wo Verbands- und Spargelder hinterlegt werden können:

FILIALEN.
BOCHUM
BREMEN
BRESLAU
DRESDEN
FRANKFURT A. M.
HAMBURG

SPART

BEI
DER
**BANK
DER ARBEITER
ANGESTELLTEN
UND BEAMTEN,**

BERLIN 514, WALLSTRASSE 65



HANNOVER
MÜNCHEN
SAARBRÜCKEN

Zahlstellen: Aachen, Celle, Cottbus, Düsseldorf, Gießen, Gleiwitz, Halle, Hannover, Köln, Magdeburg, München, Saarbrücken, Neunkirchen, Püttlingen-Völklingen, St. Ingbert, Sulzbach, Trier, Waldenburg und Weilwasser N.-L. • Zahlstellen im Ruhrgebiet: Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamborn, Hamm, Hattingen, Herne, Lünen, Oberhausen, Recklinghausen, Wanne, Witten.

gemeinen Lohn- und Gehaltsentzug. Den Anfang dazu sollte nach den programmatischen Erklärungen von Brüning im Reichstage der Bergbau machen. Und in der Tat: der alte Lohn- und Gehaltstarif im Ruhrbergbau war kaum neu in Kraft gesetzt, als ein neuer Ansturm auf den Bergarbeiterlohn einsetzte. Zum Beweis dafür seien auch nachstehend einige Pressestimmen erwähnt. So schrieb die „*Rölnische Zeitung*“ bereits am 17. Okt.:

„Das durch den Reichsanwalt bekanntgegebene grundsätzliche Zugeständnis des Ruhrkohlenbergbaues, eine Senkung der Kohlenpreise um durchschnittlich 6 Prozent ab 1. Dezember vorzunehmen, ist wohl in der sicheren Erwartung gemacht, daß, womöglich rückwirkend ab 1. Dezember, eine Erleichterung der Selbstkosten, in diesem Falle also ein Abbau der Löhne, ermöglicht wird... Die durchschnittliche sechsprozentige Senkung der Kohlenpreise würde auf der Lohnseite eine Entlastung von ungefähr 10 Prozent bedingen.“

Die „*Frankfurter Zeitung*“ schrieb in diesem Zusammenhang am gleichen Tage:

„Von der Reichsregierung war von Anfang an der Satz von 8 Prozent Lohnsenkung in Aussicht genommen, so daß es wohl bei dieser Kürzung in den getroffenen Abmachungen geblieben sein dürfte.“

Und die „*Deutsche Allgemeine Zeitung*“ kommentierte am 29. November die angekündigte Kündigung des Lohnstarifs durch den Zechenverband wie folgt:

„Der Zechenverband verlangt jetzt, daß die Voraussetzung für die Preisermäßigung, nämlich die Herabsetzung der Löhne und Gehälter, nunmehr mit Wirkung vom Jahresabschluß ab wahrgemacht wird, und daher erfolgt die Kündigung der geltenden Lohnstarife. Das Ausmaß der Lohnkürzung muß in den kommenden, sicherlich sehr schwierigen Verhandlungen abgemessen werden. Vor Monaten ging die Forderung des Zechenverbandes auf eine Lohnermäßigung um etwa 10 Prozent.“

Zu diesen Beispielen könnten noch Dutzende von Belegen hinzugefügt werden, die zeigen, daß bei diesem Lohnkonflikt die öffentliche Meinung zum größten Teil auf Seiten der Zechenbesitzer stand. Für die sachliche Beurteilung der materiellen Streitpunkte in der Lohnfrage besagt dies gar nichts. Um so bedeutender ist die Meinung der Öffentlichkeit aber für die lohnpolitische Seite. Soweit wirtschaftliche

Argumente der Unternehmer

zu dem Lohnkonflikt in Frage kommen, werden diese auch heute von den Gewerkschaftsvertretern nicht als stichhaltig anerkannt. Der allgemeine Hinweis auf den Produktionsrückgang und den gebrochene Absatz im letzten Jahre besagt für die wirkliche Kostenlage nichts, da diesen Einschränkungen zahlreiche Massenentlassungen und Feierschichten von noch größerem Ausmaß gegenüberstehen. Die Tatsache, daß in der Zeit von April 1928 bis Oktober 1930 der Lohnkostenanteil von 7,04 auf 6,36 M. zurückgegangen ist, trotz einer tariflichen Lohnerrhöhung von 10 Prozent in der gleichen Zeit, ist sehr vielsagend. Die Bergarbeitervertreter sind daher auch heute noch der Auffassung, daß trotz der vorgenommenen Kohlenpreissenkung ein Lohnabbau aus wirtschaftlichen Gründen nicht notwendig war. Zu dieser Überzeugung führten sie nicht allgemeine oberflächliche Betrachtungen, sondern eingehende Prüfungen und Vergleiche auf Grund der früheren Kostenberechnungen durch das Reichswirtschaftsministerium. In den Verhandlungen haben die Unternehmer Kostenvergleiche auf dieser Grundlage bekanntlich abgelehnt. Da die heutige Krisennot in erster Linie dadurch herbeigeführt worden ist, weil zwischen Gütererzeugung und Güterverbrauch ein großes Mißverhältnis besteht, hielten die Bergarbeitervertreter aber auch eine Lohnsenkung aus grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Erwägungen für falsch. Diese Feststellungen bedeuten auch keinen Widerspruch zu der taktischen

Stellung der Gewerkschaften

Nachdem die Regierungspolitik auf Lohnabbau eingestellt war, die Großpresse, wie dargelegt, diesen Lohnabbau absolut unterstützte und nachdem die Grubenunternehmer einen zwölfpromzentigen Lohnabbau forderten, lautete die Frage in den Verhandlungen nicht mehr ausschließlich: „Ist ein Lohnabbau grundsätzlich berechtigt?“ Das entscheidende Problem für die gewerkschaftlichen Verhandlungsführer in diesem Stadium war vielmehr: Wie kann dieser Lohnkonflikt für die Bergarbeiter möglichst günstig beendet werden? Es galt, das kleinere Übel zu wählen. Wie aus der Presse bekannt geworden ist, waren die Unternehmer bereit, für einen Schiedsspruch mit einem Lohnabbau von 8 Prozent zu stimmen. Um dies zu verhindern, waren die Bergarbeitervertreter unter diesen Umständen gewillt, einem Schiedsspruch von 4 Prozent ihre Zustimmung zu geben. Daß diese Haltung taktisch richtig war, wurde von den nachfolgenden Funktionärskonferenzen einmütig anerkannt. Als dann die Verhandlungen trotzdem scheiterten und eine Aussperrung der 300 000 Ruhrbergarbeiter die zwangsläufige Folge dieses Zustandes sein mußte, kam die Notverordnung, die ein neues Schlichtungsverfahren ermöglichte. Es kam dann mit Hilfe der neutralen Beisitzer im Schlichtungsausschuß der Schiedsspruch mit dem sechsprozentigen Lohnabbau.

Was nun?

Die Bergarbeiterdelegierten, die am 11. Januar zu diesem Ergebnis Stellung nehmen mußten, hatten daher, wie bei jeder Tarifbewegung, eine Reihe von Fragen eingehend zu prüfen. So u. a.: Welche Möglichkeiten bieten sich unter den gegebenen Verhältnissen, den vorgelegenen Lohnabbau zu verhindern? Wie sind die eventuellen Streikausgänge bei einem Halbenbestand von 10 Mill. Lo. Kohlen und bei einem Arbeitslosenheer von über 4,5 Millionen? Wie sind die gewerkschaftlichen und politischen Machtverhältnisse? — usw. Diese und andere Fragen mußten gründlich geprüft werden, bevor man entscheidende Beschlüsse faßte. Nach eingehenden Beratungen kamen die Delegierten zu der einmütigen Ablehnung des Schiedsspruches. Welche Erwägungen sie dabei leiteten, geht aus nachstehenden Äußerungen des Kameraden Martini hervor:

„Die Unternehmer haben diesen Schiedsspruch sofort abgelehnt. Auch wir empfehlen, ihn abzulehnen, da wir nach wie vor auf Grund unserer eingehenden Brütungen auf dem Standpunkt stehen, daß ein Lohnabbau im Ruhrbergbau keine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Wir müssen ihn aber auch ablehnen, weil wir den Lohnabbau zur Wälderung der Wirtschaftskrise grundsätzlich für falsch halten. Weit mehr als die Unternehmer haben deshalb die Bergarbeiter das Recht, diesen Schiedsspruch als wirtschaftlich unwirksam abzulehnen und ihn als einen politischen Schiedsspruch zu bezeichnen.“

Da nun die Regierung trotz unserer Einwendungen den Schiedsspruch zweifellos von Amts wegen für verbindlich erklären wird, müssen wir uns auch heute über unsere weitere Haltung klar werden. Dabei ist grundsätzlich zu beachten, daß die jetzige Krisenzeit keinen günstigen Boden für einen erfolgreichen Kampf bietet. Bedenklich ist es auch, gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch anzukämpfen. Nach wie vor müssen wir auch die gewissenlose Streikparole der RPD. ablehnen, so berechtigt die Erbitterung der Bergarbeiter über den Lohnabbau auch ist. Wer jedoch den Verlauf des Lohnkonfliktes aufmerksam verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß die Bergarbeitervertreter ihr Möglichstes getan haben, um zu einer günstigen Lösung für die Bergarbeiter zu kommen. Nachdem aber nunmehr die vorliegenden Verhältnisse stärker sind als unser Wille und unsere derzeitige Machtposition, wäre es unverantwortlich, eine andere Haltung einzunehmen.“

Tariffkämpfe und Wirtschaftskrise.

Wirtschaftskrisen sind typische Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise. Sie werden hervorgerufen durch planlose Produktionssteigerung, ohne Rücksicht auf die Aufnahmefähigkeit des Marktes. Die Folgen sind: Absatzstodung, Rückgang der Produktion, Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenziffer in Deutschland beträgt gegenwärtig rund 4,5 Millionen. Das ist ungefähr ein Drittel der gewerblichen Arbeiter Deutschlands.

Das Unternehmertum, das als Träger des kapitalistischen Systems die Verantwortung für die Krisen trägt, sucht sich durch Lohnsenkungen möglichst schadlos zu halten. Allerdings sind diese nicht mehr so leicht durchzuführen wie in der Vorkriegszeit. Damals gab es nur verhältnismäßig wenig Berufe, deren Arbeitsbedingungen durch Tarife geregelt waren. Für die große Mehrzahl der Arbeiter wurden die Arbeitsbedingungen einseitig vom Unternehmer diktiert. Aber selbst dort, wo tarifvertragliche Regelungen bestanden, boten sie keine unbedingte Gewähr für einseitige Lohnreduzierungen durch die Unternehmer. Ein Tarifrecht mit unmittelbarer Wirkung auf die Arbeitsverträge und die Unabdingbarkeit gab es damals nicht und somit auch keinen garantierten Rechtsanspruch auf die in den Tarifverträgen festgelegten Löhne.

Insofern haben sich die Verhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit zugunsten der Arbeiter geändert, als der Einfluß der Gewerkschaften größer geworden ist und ein einseitiger Lohnabbau durch die Unternehmer nicht mehr möglich ist. Die Kündigung von Tarifen durch die Arbeitgeberverbände, wo nur irgend die Möglichkeit dazu gegeben ist, zeigt uns, daß die Einstellung der Unternehmer, die Auswirkungen der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen, dieselbe geblieben ist. Daß die Gewerkschaften sich das nicht ohne weiteres gefallen lassen, ist selbstverständlich.

Durch die Senkung des Lohnniveaus wird nicht nur die Lebenshaltung der Arbeiter noch verschlechtert, es wird auch die Kaufkraft der großen Masse des Volkes weiter geschwächt. Die Krise muß dadurch eine weitere Verschärfung erfahren. Hartnäckige Arbeitskämpfe, wie wir sie in den letzten Monaten in erheblichem Umfang erlebt haben, sind daher unvermeidlich. Wenn trotzdem ein Lohnabbau auf der ganzen Linie nicht vermieden werden konnte, so deshalb, weil die Machtverhältnisse in der Krise sich zungunsten der Arbeiter verschoben. Wenn 4,5 Millionen Arbeitslose auf den Arbeitsmarkt drücken, dann ist das sicherlich kein Vorteil für die Arbeiter bei Arbeitskämpfen. Wenn dazu noch ungezählte Kurzarbeiter

Die Bergarbeiter müssen vor allem beachten, daß wir in wenigen Monaten im Ruhrbergbau mit neuen und schwerwiegenden Tarifkonflikten zu rechnen haben, die noch mehr als jetzt die Einmütigkeit und Schlagkraft der Bergarbeiter erfordern und daß uns entscheidende Auseinandersetzungen nicht erspart bleiben werden.“

Gerade die letzteren Bemerkungen sind sehr vielsagend. Sehr bald werden wir vor neue Entscheidungen gestellt, die uns die Möglichkeit bieten, die erlittene Schlappe wieder auszumergen. Sehr bald werden die Bergarbeiter zeigen müssen, daß ihr Wille nach Recht und Gerechtigkeit stärker ist als der Druck eines ständewürdigen Systems. Darum Kampf den Messemachern! Kampf den falschen Propheten und Querulanten! Hoch das einigende, zielklare und siegesbewußte Banner der freien Gewerkschaften!

kommen, verschlechtert das die Situation noch mehr. Jede Gewerkschaftstaktik muß sich entsprechend einstellen. So wird es verständlich, wenn Gewerkschaftsvertreter bei Lohnverhandlungen in Krisenzeiten Lohnherabsetzungen zustimmen. Dies geschieht nicht, weil sie dieselben für berechtigt halten, sondern um einen größeren Abbau zu verhindern. Als Beispiel sei hier der Lohnkonflikt im Ruhrbergbau angeführt. Die Unternehmer forderten 12 Prozent Lohnsenkung, die Gewerkschaften lehnten jede Lohnkürzung ab. Schließlich gingen die Unternehmer auf 8 Prozent, die Gewerkschaften auf 4 Prozent. Wäre es gelungen, einen Schiedsspruch von 4 Prozent zu bekommen, so hätte das bedeutet, einen erheblichen weiteren Abbau zu verhindern. Daß der Konflikt durch die Staatsmacht, durch eine Notverordnung entschieden wurde, kann in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben. Man überlege aber einen Augenblick, um wieviel die Löhne gesenkt worden wären, wenn die Bergwerksunternehmer in der Lage gewesen wären, einseitig die Löhne festzusetzen! Sie hätten sich mit 12 Prozent sicherlich nicht begnügt.

Die jetzige Lohnabbauperiode wird aber auch stark beeinflusst durch die Einstellung der Reichsregierung. Sie steht auf dem Standpunkt, daß im Interesse der deutschen Wirtschaft das deutsche Volk seine Lebenshaltung für einige Jahre um 5 bis 10 Prozent einschränken müsse. Wir halten diese Auffassung für falsch und die Maßnahmen der Regierung bezüglich der Löhne für verfehlt, können sie aber nicht ändern.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Position der Arbeiterkraft, vertreten durch die Gewerkschaften, gegenüber dem Unternehmertum in Zeiten der Krise schwächer ist als in Zeiten guter Konjunktur und ihre Tätigkeit in der Hauptsache sich auf die Abwehr von Angriffen der Unternehmer auf die Lebenshaltung der Arbeiter beschränken muß. Die Abwehr wird aber um so erfolgreicher sein, je stärker die gewerkschaftlichen Organisationen sind, d. h. je mehr die jetzt noch unorganisierten Arbeiter erkennen, daß ihre Interessen es erforderlich machen, sich den Gewerkschaften anzuschließen, um so leichter wird die Abwehr der Unternehmerangriffe auf die Arbeitsbedingungen, um so leichter ist es aber auch in Zeiten besserer Konjunktur, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Durch die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation wächst aber auch der Einfluß im Staate. Dieser Einfluß ist notwendig, damit die Machtmittel des Staates nicht gegen, sondern für die Arbeiter eingesetzt werden.

Deshalb, Kameraden, tretet ein in den Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Verbandsmacht und Reaktion.

Die deutsche Arbeiterschaft macht sich in schweren Zeiten durch 20 Prozent ihrer Zugehörigen sind ohne Arbeit. Sie sind auf die Unterstützung aus der Versicherung und der Öffentlichkeit angewiesen. Der Rest arbeitet zum Teil zu Löhnen, die kaum noch ausreichen, um das Dasein fristen zu können. Dahinter steht der Unternehmer mit seiner Hegepolitik, um ständig steigende Arbeitsleistung zu erpressen. Gleichzeitig aber setzt er seine Macht ein, um die Löhne zu senken. Auf der ganzen Linie ist das zu beobachten. Auch im Bergbau hat die Lohnsenkungssaktion schon eingesetzt. Aber damit nicht genug. Auch die Sozialversicherung soll verschlechtert werden. Da ist es denn kein Wunder, daß die Erregung unter den Bergarbeitern von Tag zu Tag wächst.

So geht es nicht weiter, hört man überall sagen. Aber jeder empfindet, daß hier etwas zur Abwehr getan werden muß. Aber was soll getan werden? Kämpfen!, so rufen einige im Chor. Und wer soll kämpfen? Die Gewerkschaften, also der Bergbauindustriearbeiterverband, so schallt es zurück. Das ist gut gesagt. Sowoohl, wenn es im Bergbau zu kämpfen gilt, dann muß das der Verband machen.

Aber, lieber Freund, solche Kämpfe sind Machtkämpfe. Das heißt, daß dem Verband eine starke Macht gegenübersteht, nämlich die organisierte Unternehmerrmacht. Und die darf nicht unterschätzt werden. Die Unternehmer sind reslos organisiert. Keinen einzigen Unorganisierten zählen sie unter sich. Da kann einen der Reiz packen. Wir zählen leider mehr Unorganisierte im Bergbau als Organisierte. Leider! Das ist ja auch der Grund, weshalb die Reaktion so frech ihr Haupt erhebt. Und das muß man wissen, bevor man ruft, der Verband müsse gegen die Reaktion kämpfen.

Wer ist denn der Verband? Doch nur die Bergarbeiter, die sich zu einem Verbande organisiert haben. Also die Verbandsmacht besteht immer in der Zahl seiner Mitglieder. Wer also fordert, daß der Verband kämpfen soll, der muß wissen, daß das heißt, daß die Bergarbeiter kämpfen sollen. Also die Bergarbeiter, die im Verband organisiert sind. Und die Unorganisierten? Was machen die?

Wir hören sie sagen, daß sie schon mitkämpfen würden, wir sollten nur mal anfangen. Sieh' einer an! Das ist das ewig alte Lied nach der Melodie: „Hannemann, geh' du voran, du hast die größten Stiebel an!“ Leider aber ist es nicht so, daß wir die größten Stiebel anhaben. Die Unorganisierten sind doppelt so stark wie die Organisierten. Warum fangen die Unorganisierten nicht zuerst einmal an? Eine Führung haben sie ja. Die Kommunisten bezeichnen sich ja als die Führer der revolutionären

Unorganisierten. Und die haben ja schon öfter zum Streik aufgefordert. Aber wer nicht folgte, das waren die Unorganisierten.

Und das war auch richtig so! Auch der Unorganisierte weiß heute, daß große Kämpfe nur von großen und starken Organisationen geführt werden können. Und immer heißt es bei kommunistischen Putzchen: Wenn die Organisationen und der Bergarbeiterverband aufrufen, dann folgen wir. So ist's Recht, ihr unorganisierten Bergarbeiter! Aber ihr bleibt auf halbem Wege stehen. Ihr müßt zu uns kommen als Mitglieder. Nur dann erst können wir mit euch kämpfen, weil wir nur dadurch stark genug werden zu einem Kampfe. In den Verbänden wird die Macht eben gebildet von der Zahl ihrer Mitglieder. Diese Zahl ihrer Mitglieder gibt den Ausschlag bei allen Kämpfen. Verbandsmitglied sein und kämpfen zu können liegt aber vor allem im Interesse des Arbeiters selbst. Warum?

Nun, heute sind Arbeitskämpfe nur durchzuhalten, wenn die Kämpfenden auch finanziell stark genug sind. Wer hat denn als Arbeiter heute eine Kapitalreserve, um wochenlang leben zu können ohne jegliches Einkommen? Die hat nur der Organisierte, weil er seine Verbandsunterstützung bekommt. Nur er kann einen Kampf durchhalten. Die Verbände können sich deshalb nur auf die Organisierten verlassen. Wem es also wirklich ernst gemeint ist mit der Forderung auf Kampf mit der Reaktion, der muß Mitglied unserer Organisation werden.

Würde das jeder befolgen, dann könnten wir zu einer unbezwinglichen Macht werden. Dann könnten wir der Reaktion entgentreten und ihr die Erfüllung unserer Forderungen abringen.

Schon heute können wir manchen Erfolg buchen, der aber immer unbefriedigend sein muß, weil ja unsere Organisationsmacht ebenfalls noch unbefriedigend ist. Jeder Erfolg unseres Verbandes entspricht seiner organisatorischen Stärke. Und jeder Ausgang eines Tarifstreites spiegelt diese unsere Stärke wider. Die Bergarbeiter also haben selbst Erfolg und Mißerfolg des Verbandes in der Hand. Sind sie nur zur Hälfte organisiert, dann können wir auch nur halbe Erfolge erzielen oder die Angriffe der Reaktion nur zur Hälfte abwehren. Wären sie restlos organisiert, dann könnten wir auch für restlose Abwehr kämpfen, weil wir dann eben stark genug wären hierzu.

Du siehst also, Bergmann, daß das Problem einfach ist. Deshalb einfach, weil alle Kämpfe zwischen Verband und Reaktion Machtkämpfe sind. Sorge dafür, daß unser Verband an Macht stärker wird als die Reaktion, dann siegen wir und du. Das kannst du, wenn du bei uns Mitglied wirst. Dürfen wir jetzt auf dich zählen?

Kampf den sinnlosen Quertreibereien!

Die Kommunisten, die wieder einmal mit großem Tamtam einen neuen Bergarbeiterverband gegründet haben, hätten alle Ursache, recht bescheiden zu sein. Was sie nämlich jetzt proklamieren, ist gar nicht neu, sondern schon vor zehn Jahren einmal üblich gewesen. Aber wahrscheinlich ist man im kommunistischen Lager der Ueberzeugung, die Bergarbeiter hätten ein schwaches Gedächtnis. Wahrscheinlich glaubt man, auch die Bergarbeiter würden sich immer wieder von den gewissenlosen Paroleschustern aufs neue verwirren lassen. Darin werden sie sich aber bestimmt täuschen!

Wie die nebenstehende wörtliche Wiedergabe von drei kommunistischen Zeitungen aus dem Ruhrgebiet zeigt, hat die KPD innerhalb zehn Jahren drei grundverschiedene Gewerkschaftsprojekte ausgegeben. Im Jahre 1921 proklamierte man den Austritt aus den Gewerkschaften. Damals hatte die KPD die Hoffnung, daß die eigenen Gewerkschaften nach kommunistischem Muster einen großen Anlauf finden würden. Das war jedoch nicht der Fall, weil die Arbeitererschaft sehr bald erkannte, daß man mit radikalen Phrasen keine fruchtbringende Arbeiterpolitik machen kann. Die „revolutionäre“ Gewerkschaft (die Union) brach deshalb im Jahre 1925 zusammen. Insgesamt traten etwa 3600 Mann zu unserem Verband über. Nachdem also der kommunistische Gewerkschaftsgebäude Schiffsbruch erlitten hatte, glaubte die KPD, die freien Gewerkschaften „erobern“ zu können. Daher im gleichen Jahre die neue Parole: „Hinein in den Bergarbeiterverband!“ Zu ihrem größten Leidwesen hatten aber die Moskowiter mit diesem Plan auch kein Glück. Was nun? Es blieb nichts anderes übrig, als zu dem alten Plan zurückzukehren und erneut den Versuch zu machen, eine eigene Gewerkschaft zu gründen. So will es wenigstens die KPD. So muß sie es wollen, weil bereits im September 1930 auf einer Konferenz in Moskau ein derartiger Beschluß gefaßt wurde.

Das Verwerflichste an der neuen kommunistischen Gewerkschaftsgründung ist nun die verlogene Art, mit der man die „Notwendigkeit“ der Splitterorganisation zu beweisen versucht. So hat man beispielsweise in der kommunistischen Tagespresse wochenlang die gemeinsten Lügen verzapft. Um nur einige zu nennen: Man behauptete, unsere Gewerkschaftsvertreter wären im Ruhrbergbau mit einem siebenprozentigen Lohnabbau einverstanden gewesen, es hätten zu Weihnachten Geheimverhandlungen zwischen ihnen und dem Reichsarbeitsminister stattgefunden. Ferner berichtete man, die Massen würden nach einem neuen Verband „schreien“. Auch das ist eine elende Lüge, da jetzt wie nie zuvor zwischen der Gewerkschaftsführung und der Mitgliedschaft eine starke Einheit herrscht. Der beste Beweis dafür sind die letzten Funktorenkonferenzen des Bergarbeiterverbandes, in denen die Beschlüsse stets einstimmig gefaßt wurden. Die Gründung einer fünften Bergarbeiterorganisation ist daher vom Standpunkt der Bergarbeiter: purer Blödsinn, ist ein verbrecherisches Spiel mit Arbeiterinteressen!

Um die verbrecherische Taktik nicht allzusehr in Erscheinung treten zu lassen, hat man schon in Moskau beschlossen, die Neugründung der „roten“ Gewerkschaften in Verbindung mit Streiks und sonstigen Konflikten vorzunehmen. Die kommunistischen Drahtzieher haben es daher für richtig befunden, im Ruhrbergbau einen „politischen Massenstreik“ anzuzetteln, um nach dessen Zusammenbruch vom „Streikbruch“ der Gewerkschaften faheln zu können.

Sehr bezeichnend ist auch die Taktik der neuen „revolutionären“ Organisation. Während man in der Uera der Union jede „reformistische“ Tätigkeit ablehnte, will man jetzt den neuen Verband auch Tarifverträge abschließen lassen. Die kommunistischen Maulhelden bilden sich dabei ein, daß man nur radikale Forderungen aufzustellen und mit der Faust auf den Tisch zu schlagen braucht, um mehr herauszuholen als die Gewerkschaften. Das Ganze ist also eine Kinderei und wird sich

Abonnementpreis für Nichtmitglieder monatlich 1,50 Mark. Durch die Post bezogen monatlich 3,00 Mark. Einzelnummer 40 Pfennig. Kreisverband Essen.

Abteilung der Arbeiterorganisation Deutschlands
Mitglied der Internationalen Union der Berg- und Hüttenarbeiter

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ ist ein Organ der Arbeiterbewegung in Deutschland. Sie ist ein Organ der Arbeiterbewegung in Deutschland. Sie ist ein Organ der Arbeiterbewegung in Deutschland.

Freie Arbeiter-Union

Organ der Schacht- und Betriebsorganisation der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands / Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen

Nr. 16

Essen, den 23. April 1921

3. Jahrgang

Heraus aus den Gewerkschaften!

Der revolutionäre Bergarbeiter



Zentral-Organ der Industriegruppe Bergbau-Union
Mitglied der Roten Gewerkschafts-Internationale

Nummer 35

Verlag: Industriegruppe Bergbau-Union
Essen, Poststraße 16

Essen, den 19. September 1925

Geschäftsstelle, Redaktion u. Expedition
Essen, Poststraße 16

5. Jahrgang

Hinein in den Bergarbeiter-Verband!

Bergarbeiter, kämpft mit uns für die Vereinigung aller Bergarbeiter in einem Verbande!

Ruhrecho

R.-E. in Fesseln
Kampfbildung unter der Führung von
unserem Revolutionsführer

„Arbeiter-Zeitung“ Gelsenkirchen / „Wesentliche Arbeiter-Zeitung“ Buer / „Wesentliche Arbeiter-Zeitung“ Bochum
Organ der kommunistischen Partei Deutschlands, Section der 3. Internationale

Das „Ruhrecho“ erscheint täglich nachmittags. — Redaktion und Expedition: Essen, Poststraße 16. — Einzelnummer 40 Pfennig. — Abonnementpreis für Nichtmitglieder monatlich 1,50 Mark. Durch die Post bezogen monatlich 3,00 Mark. Einzelnummer 40 Pfennig. Kreisverband Essen.



Der Abonnementpreis beträgt für die Monatshefte 1,50 Mark. — Der Preis einer Nummer bei Einzelverkauf beträgt 40 Pfennig. — Der Preis einer Nummer bei Einzelverkauf beträgt 40 Pfennig. — Der Preis einer Nummer bei Einzelverkauf beträgt 40 Pfennig.

Nr. 7

Essen, Freitag, den 9. Januar 1931

13. Jahrgang

Es lebe der Rote Bergarbeiterverband!

sehr bald wie die übrigen kommunistischen Parolen als eine sinnlose Schaumbläserei erweisen.

Der einzigen Vorteil von dem kommunistischen Verband werden die Unternehmer haben. Während sie restlos und einheitlich in ihren Verbänden organisiert sind,

genießen sie das Schauspiel, daß die Arbeiterchaft sich immer mehr zersplittert. Es fehlt nur noch, daß die Nazis einen eigenen Laden aufmachen und die Bergarbeiter werden sich sehr bald rühmen können, von allen Berufen die meisten Organisationen und schlechtesten Arbeitsbedingungen zu haben!

Der gelbe „Deutsche Arbeiter“!

Unter diesem Namen ist im Ruhrgebiet ein Verbändchen aufgezogen worden, das zugestandenermaßen mit dem Geld der Unternehmer gegründet ist und mit ihm unterhalten wird. Nach der Manier der früheren Gelben und der heutigen Nazis sucht dies Verbändchen sich an die Bergarbeiter heranzumachen, um neben der KPD auch noch ein wenig Arbeiterzersplitterung zum Nutzen der Unternehmer zu treiben. Der Kampf dieser Leute richtet sich nur gegen die „Monopolkonglomerate“, nicht aber gegen die Unternehmer. Neben einem Herrn Quint spielt auch der sattem bekannte Live in diesem gelben Naziverbändchen eine Rolle. Dieser Herr Live hat schon alle möglichen Wandlungen durchgemacht. Er war schon mal christlich organisiert, dann im Bergarbeiterverband und bei der USB, später war er wütender FFF-Mann und während der Befreiungszeit entwickelte er sich zu dem französischen Separatisten! Heute ist dieser Mann mit den vaterlandsverräterischen Neigungen Führer des gelben Naziverbändchens!

Was sich diese Unternehmernächte an Gemeinheiten erlauben, zeigt ein von ihnen verbreitetes großes zweifelhafte Flugblatt: „Der Deutsche Arbeiter nach Bonze Richard Schüttigkeit (Freier Bergarbeiterverband): Geb!“

Quint und Genossen sind zu feige, für dieses verleumdende Machtwort ihren Namen herzugeben, sie begnügen sich mit der Druckerangabe: Ruffhüser-Druckerei, Essen. Wir überlassen es den beiden Herren, unter sich auszumachen, wer die Verantwortlichkeit für das Flugblatt tragen soll. Jedenfalls bezeichnen wir den Verfasser als einen bewährten Ehrabschneider und Verleumder, dem die dreißigsten Verleumdungen gut genug sind, um den Bergbauindustriearbeiterverband und seine Vertreter zu befehlen. So drucken die Schwindler eine Quittung des sozialdemokratischen Parteiführers ab, um damit zu beweisen, daß die Sozialdemokratische Partei zur Reichstagswahl 1920 von Hugo Stinnes 250.000 Mark Wahlgebet erhalten habe. Daß das erlogen ist, wissen die Leute. Sie schämen sich aber nicht zu schreiben: „Nach von Euch nicht widersprochenen Meldungen des „Deutschen Vorwärts“ hat Stinnes dieses Geld gegeben.“

In Wirklichkeit verhielt sich die Sache so, daß Erdmann, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und

Inhaber eines großen Verlages „Aufbau und Werden“, der Sozialdemokratischen Partei aus seinen Mitteln 250.000 Papiermark, ungefähr 19.000 Goldmark, für Wahlzwecke zur Verfügung stellte. Von dem Inhaber eines großen Verlages, der Mitglied der Partei war, konnte man dieses Geld unbedenklich annehmen. Wenn Erdmann, der später die Partei in der dreißigsten Weise angriff, dann behauptete, daß dieses Geld von Stinnes stammte, so braucht das doch nicht wahr zu sein. Die Annahme des Geldes von einem Parteigenossen belastet aber die Partei in keiner Weise. Das Wesentliche aber ist: Als die „Mainzer Volkszeitung“ einen Nazimann, Dr. Wolff, scharf angriff, weil er eine ähnliche Behauptung aufgestellt hatte, wurde der Redakteur zwar wegen formaler Beleidigung mit 200 Mark bestraft.

Das Urteil sagte aber ausdrücklich, daß die Behauptung, die SPD habe von Stinnes Wahlgebet angenommen, durch die eidlichen Zeugenaussagen als unwahr festgestellt worden sei!

Trotzdem tragen die Leute vom „Deutschen Arbeiter“ diesen gerichtlichen Schwindel immer wieder vor, ohne den Mut zu haben, diese Behauptung mit der verantwortlichen Unterschrift zu versehen.

Aber die Gesellschaft geht in ihrem Schwindel noch weiter. Sie setzt Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse bei den Bergleuten voraus und verzapft den Schwindel, daß das Staatswissenschaftliche Institut an der Universität Münster, geleitet von Prof. Dr. Blenge, mit Stinnesgeld unterstützt worden sei. Das Institut war eine Einrichtung an der Universität Münster, die unter anderem auch für Anhänger der verschiedensten Gewerkschaftsrichtungen Schulungskurse für Betriebsräte abhielt. Gegen diese Tätigkeit war nicht das geringste einzuwenden, christliche und Hirsch-Dunderliche Organisationen haben von dieser Einrichtung ebenso Gebrauch gemacht wie der Bergarbeiterverband.

Dann verbricht das Flugblatt einen weiteren Schwindel. Es druckt einen Brief vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes, ge-

zeichnet Martöller, ab, in dem Erdmann der Dank ausgesprochen wird für die Ueberlassung von 20.000 Broschüren von Berg: Gegen Rußland zum Aufbau und zur Freiheit. Wahrscheinlich kennen die Schwindler die Broschüre von Berg überhaupt nicht, sondern benutzen den Fall nur, weil der Verlag von Erdmann diese Broschüre zur Verfügung stellte, um dadurch den Eindruck zu erwecken, als wenn auch hier Stinnesgeld dahinter stecke.

Die Broschüre von Berg erschien 1920, als der Verfasser, welcher Sekretär der deutschen Arbeiterräte in Petersburg gewesen war, aus Rußland zurückkehrte. Es ist eine nüchterne Abrechnung mit bolschewistischem Uberschwang und verweist die deutschen Arbeiter nachdrücklich auf den Weg organisatorischer Entwicklung statt bolschewistischer Katastrophopolitik.

Nach weiteren Mitteilungen des Flugblattes haben auch die Gewerkschaftskartelle von Essen und Schwerte von dem Verlag „Aufbau und Werden“ Drucksachen, Bilanzthemen usw. über Vorträge für Betriebsräte bezogen. Auch dieses Vorgehen war durchaus einwandfrei. Unter Bezugnahme auf Blumenfränzchen sagt das Flugblatt dann noch, daß die Gewerkschaften während der Ruhrbesetzung „Koffer voll Geld“ ins Ruhrgebiet geschleppt hätten. Das stimmt allerdings. Solche gefährliche Transporte von Regierungsgeld wurden mehr als einmal von Gewerkschaftsangehörigen unter Lebensgefahr durchgeführt. Das war auch aktiver Ruhrkampf, während Live und Genossen franzosenfreundliche Separatisten waren!

Den Gipfel der Frechheit bildet das Bild in dem Flugblatt, auf dem man sieht, wie ein Unternehmer Sozialdemokraten Geld auszahlt, während die tapferen gelben Leute vom „Deutschen Arbeiter“ verächtlich an dieser Szene vorbeimarschieren. Höher gehts wahrlich nicht. Diese Unternehmernächte lassen ihr Verbändchen mit Unternehmerrgeld gründen und unterhalten und verleumden dann auf die gemeinste Weise die freien Gewerkschaften. Schlimmer hat es der Reichslügenverband in der Vorkriegszeit auch nicht gekonnt. Kameraden, zeigt diesen gelben Schleimern, wo Bartel den Most holt!

Befinnung in der Wirtschaftskrise.

Die Gewerkschaften sind als Organisationen des Wirtschaftslebens in ihrem Tun und Lassen von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung beeinflusst. Ihre Aufgabe, die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft zu sichern und zu verbessern, nimmt je nach der Lage der Wirtschaftsjunktur ihr besonderes Gesicht an. Sind in einer wirtschaftlichen Aufschwungsperiode die Bedingungen für den sozial- und wirtschaftspolitischen Fortschritt günstiger, so werden sich in Zeiten wirtschaftlicher Rückschläge die Bemühungen der Gewerkschaften hauptsächlich auf die Verteidigung des Erreichten richten. Der moderne Klassenkampf gleicht einem Gewoge, in dem sich Offensiven und Defensiven abwechseln. Wie immer die jeweilige Kampfphase und ihre Voraussetzungen sein mögen, stets wird die organisatorische Kraft der Gewerkschaften den Ausschlag geben, um vorhandene Situationen zum Besten der Arbeiterschaft zu meistern.

Das zurückliegende Jahr brachte der deutschen Wirtschaft auf der ganzen Linie schwere Rückschläge. Eine Wirtschaftskrise von bisher noch nie gekannter Wucht brach, durch Stöße vom Weltmarkt her verstärkt, über Deutschland herein. Schon 1929 setzte der Abschwung ein, in dessen Verlauf die Schwierigkeiten zunahmen, um gegen die Jahreswende 1929/30 die Krise zum vollen Durchbruch gelangen zu lassen. Das weltweit sichtbare Krisenmerkmal ist die beispiellose Zunahme der Arbeitslosigkeit, die gleichzeitig auch zeigt, in welcher unheilvoller Weise das Schicksal der Arbeiterschaft in den Wirtschaftskämpfen verstrickt ist. Selbst wenn man zugibt, daß keine Volkswirtschaft, nach welchen Prinzipien sie auch betrieben wird, sich von den Schwankungen der Weltwirtschaft völlig freimachen kann, so muß doch festgestellt werden, daß die besondere Schwere des Rückschlages in Deutschland auf Ursachen zurückzuführen ist, die im deutschen Imperialismus wurzeln.

Der deutsche Kapitalismus hat über der Hochzüchtung eines technisch vollendeten Produktionsapparates die pflegliche Behandlung des inneren Absatzmarktes vernachlässigt, der sich durch Zusammenschrumpfung des Absatzes dafür rächte. Aus dem mangelnden Absatz folgte in vielen — nicht in allen Fällen — ein mangelnder Ertrag, da ein großes Anlagekapital nur bei voller Ausnutzung sich wirtschaftlich rechtfertigt. Anstatt diese volle Ausnutzung über Preisherabsetzungen zu erstreben, hat der deutsche Syndikalismus durch monopolistische Preishochhaltung und durch gleichzeitigen Lohndruck die Situation immer noch weiter verschlimmert und versucht, die Lasten der Arbeiterschaft unmittelbar und durch Schutzzölle oder Subventionen der Allgemeinheit aufzubürden. Er hat sich damit selbst das Wasser abgegraben und die ungeheuren Erschütterungen des Wirtschaftslebens hervorgerufen, die unserer Zeit das Gepräge geben.

Da eine Umstellung des Kapitalismus aus sich heraus nicht zu erwarten ist, müssen die Gewerkschaften als Funktionäre der Allgemeinheit, um die verlorene Leistungsfähigkeit der Wirtschaft wiederherzustellen, die beiden Uebel: hohe Preise und Arbeitslosigkeit, an der Wurzel angreifen. Dazu ist notwendig, daß man in den Brustflüssen der Preishochhaltung, nämlich in die Kartelle und Monopole, hineinleuchtet und sie einer öffentlichen Kontrolle unterstellt. Dazu ist weiter notwendig eine Verkürzung der Arbeitszeit, ohne die eine Demobilisierung des Arbeitslosenheeres nicht denkbar ist. Dazu ist weiter erforderlich, die fortgesetzten Angriffe des Unternehmertums auf die Lebenshaltung und die Sozialversicherung der Arbeiterklasse abzuwehren und die Wirtschaft wieder zum Dienst am Konsumenten zu zwingen.

Ohne Zwang geht das nicht ab. In der Wirtschaft geschieht nichts von selbst. Die Arbeiterschaft darf sich nicht auf Entwicklungen verlassen, so notwendig es ist, Entwicklungen zu erkennen, um daraus praktische Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Menschen sind es, wie Engels einmal sagte, die ihre Geschichte machen. Der einzelne Mensch allerdings ist dabei ohnmächtig. Nur durch Zusammenstoß zu großen sozialen Gebilden wird der Mensch geschichtlich handlungsfähig. Wer heute abseits seiner Berufsorganisation steht, bringt sich damit selbst um die Möglichkeit, seine Lebenslage zu verbessern. Der Arbeiterschaft als Ganzes tut noch viel Befinnung not, um aus der Erkenntnis der eigenen Lage, die sich heute in so trübem Lichte darstellt, zu dem Entschluß zu gelangen, durch Anschluß an die Gewerkschaften dem Fortschritt zu dienen. Dr. Berger.

Wie steht es mit der Grubensicherheit?

Als im Vorjahre Massenunglücke den deutschen Bergbau heimsuchten, herbeigeführt durch Grubengase und Kohlenstaub, schaute die gesamte Öffentlichkeit auf den Bergarbeiterverband: Was hat diese kompetente Stelle dazu zu sagen? Wir haben unsere Ansicht der Öffentlichkeit vorgelegt: sachlich, scharf und unwiderlegbar. Schon einige Tage nach der Misdorfer Explosion konnten wir einwandfrei der Öffentlichkeit erklären, daß es sich um eine Grubengas- und Kohlenstaubexplosion handelt. Es erfolgten scharfe, unsachliche, unwiderlegbare Angriffe von allen Seiten gegen uns. „Gewissenlosigkeit!“ schrie die Unternehmernpresse, „Kapitalstecherei!“ schrie die Kommunisten. Heute, nach vielen Wochen, ist amtlich das erwiesen, was wir wenige Tage nach dem Unglück bekanntgegeben haben. Unsere Sachkenntnis befähigt uns, mit durchschlagenden Argumenten für die Interessen der Bergarbeiter tätig zu sein. Nutzlose Schimpfereien können wir anderen überlassen.

So haben wir auch zum Gasausbruch auf der Wenzelsgrube und zur Schlagweiterexplosion auf der Grube Manbach klar und offen unsere Meinung ausgesprochen und unsere Schlussfolgerungen daraus gezogen. Diese Schlussfolgerungen sind niedergelegt in den Forderungen unseres Verbandes, die auf unserer Reichskonferenz am 19. November 1930 aufgestellt wurden:

- Reichsberggesetz und Reform der Bergpolizei und der bergpolizeilichen Vorschriften.
- Grubensicherheitskommissionen für alle Bergbauarten.
- Gründliche Durchführung des Gesteinslaubverfahrens.
- Fluchtwege zur Rettung bei Explosionen.

RGD.-Theater — Einheitsverband.

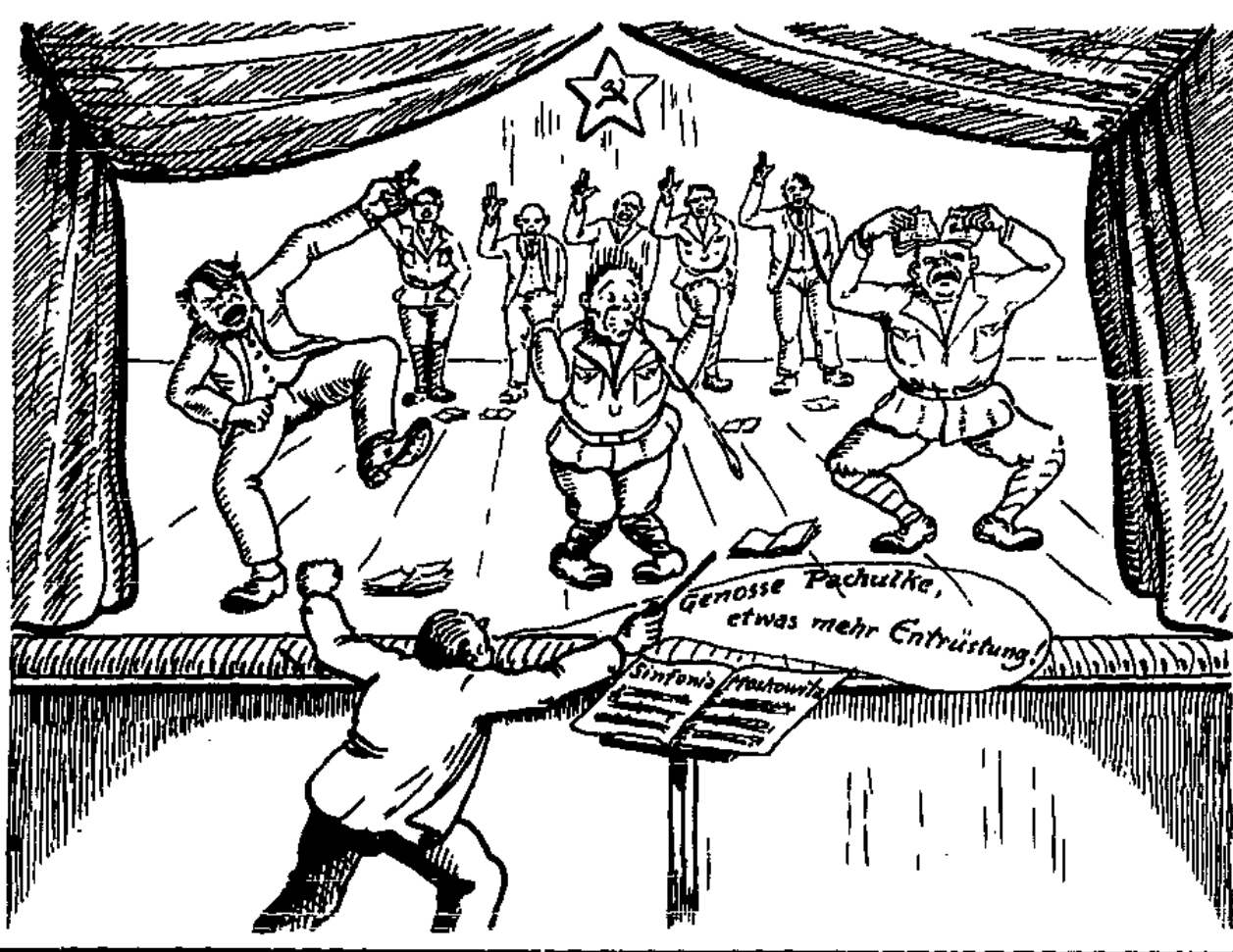
„Im Feuer des Streiks gehämmert“. So liest man es im „Ruhr-Echo“. So wurde der EWB. (Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands) aus der Taufe gehoben. Auf die Regie, auf das Theater spielen verstehen sich die RGD-Leute, daß selbst Piscator, der Regisseur des kommunistischen Wallnertheaters in Berlin, vor Reid erblassen könnte! Nachdem befohlen war, daß jede Schachtanlage mindestens 20 De-

bildeten die Konferenzleitung. Wir möchten wirklich einmal die Mitgliedsbücher dieser Konferenzleitung sehen! Nach Birkenhauer sprach Saefkow große Worte. Er lag dabei wieder, daß die Gewerkschaftsvertreter bereit gewesen seien, einem Lohnabbau von 7 Proz. zuzustimmen. Er mußte natürlich auch den jämmerlichen Zusammenbruch des Streikpuffes in einen großen Erfolg der RGD. umfälschen. Man erfuhr von ihm, daß von rund 200 Schachtanlagen im Ruhrgebiet nur auf 70 Schachtanlagen von den Kampfausschüssen die Forderungen der zentralen Streikleitung den Verwaltungen überreicht wurden. Man erfuhr nicht von ihm, daß auf der Hälfte dieser Schachtanlagen den „revolutionären“ Großmäulern der Mitfelte, aus der Ablehnung dieser Forderungen irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Man erfuhr nicht von ihm, wieviel „Revolutionäre“ sich einen Krankenschein genommen hatten, wieviel sich hinter einer faulen Ausrede verkrochen und wieviel anführten, ohne einen Ton zu riskieren. Von der „riesengroßen Stärke“ der Bewegung, wie Saefkow sie zu behaupten wagte, lassen diese Vorgänge wirklich wenig erkennen.

Bild 1.



Bild 2.



Nach der Rede von Saefkow ließ man verschiedene angebliche Mitglieder vom Bergbauindustriearbeiterverband, vom christlichen Gewerbeverein, ja selbst von dem gelben „Deutschen Arbeiter“ aufmarschieren, um der RGD. und dem neuen Einheitsverband Treue zu schwören. Wie das gemacht wurde, ist sehr ergötzlich zu hören, ist aber auch ein Beweis dafür, wie die Macher der Bewegung ihren Anhängern Theater vorspielen. Ein Augenzeuge berichtet uns, daß zunächst außerhalb des Saales eine Anzahl Leute zusammengeholt wurde, denen einer der Macher sagte: „Du sprichst als BZV.-Mitglied, Du als christlicher Gewerkschafter“ usw. (Siehe Bild 1.)

Nachdem so die über den „Berrat der Gewerkschaftsbirokratie“ empörten Debatte beendet bestimmt waren, ging es auf die Bühne hinter den Vorhang. (Siehe Bild 2.)

Saefkow instruierte in höchst-eigener Person die Leute, wie sie zu stehen, die Hände ineinander zu legen, wie sie die Mitgliedsbücher emporzuheben oder die Hände zum Schwur gen Himmel zu strecken hatten. Als dies lebende Bild genügend ausgeprobt war, ging der Vorhang auseinander und dem gläubigen Publikum zeigte sich die Schar der „empörten“ Gewerkschaftsmitglieder. Die vorher bestimmten Redner traten vor, einer nach dem anderen sagte sein Sprüchlein und warf dabei das angebliche Mitgliedsbuch seines angeblichen Verbandes zur Erde zur großen Erbauung der Regisseure und der Gläubigen.

So wird kommunistisches Theater gemacht! Und solchen Theaterspielen laufen Bergleute nach, deren Unzufriedenheit mit den heutigen Verhältnissen man durchaus verstehen kann, die man aber nicht für so dumm halten sollte, solchen Moskauer Bauernfängern auf die Leimrute zu gehen!

legierte zu schicken habe, fanden sich dann auch 1268 sogenannte Delegierte von 134 Schachtanlagen neben 800 Gästen in Duisburg ein. Sie sollen alle mit angehaltenem Atem den Tiraden von Gallinat, Birkenhauer und Saefkow gelauscht haben. Acht Rumpels aus dem Gewerbeverein, fünf EWB.-Mitglieder, zehn aus dem Bergbauindustriearbeiterverband und 25 Parteiose-

So wird kommunistisches Theater gemacht! Und solchen Theaterspielen laufen Bergleute nach, deren Unzufriedenheit mit den heutigen Verhältnissen man durchaus verstehen kann, die man aber nicht für so dumm halten sollte, solchen Moskauer Bauernfängern auf die Leimrute zu gehen!

Schutz der Werkertrolleure.

Bejeitigung gefährlicher Lokomotiven aus den unterirdischen Betrieben — usw.

Niemand kann die Interessen der Bergarbeiter besser vertreten als unser Verband. Das ergibt sich aus der harten Schule, die alle unsere Funktionäre hinter sich haben. Solange der Verband besteht, haben wir Sicherheit für die Bergarbeiter und Einführung von Aufsichtspersonen aus den Kreisen der Bergarbeiter gefordert. Als die kaiserlich-königliche Regierung damals unter dem Druck häufiger und immer größer werdender Katastrophen sich anordnete, wenigstens der Öffentlichkeit gegenüber so zu tun, als wolle man wirksam durchgreifen, trat die Reaktion des Bergbauunternehmertums auf den Plan und drohte jeden Minister zum Teufel zu jagen, der den Bergarbeitern irgendwelche Konzessionen mache. So kamen dann die Sicherheitsmänner, von den Unternehmern selbst als „weiße Salbe“ (eine Salbe, die nichts verdirbt und nichts gut macht) bezeichnet. Erst in der Nachkriegszeit kamen wir in die Lage, unseren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. Wir haben nicht nur die Betriebsräte bekommen, sondern auch Grubensicherheitskommissionen und Grubensicherheitskontrolleure aus den Reihen der Bergarbeiter.

Die sachkundige Bearbeitung aller Fragen der Grubensicherheit hat uns großen Respekt in allen Kreisen eingebracht. Diese unsere Sachkenntnis ist die Grundlage für den weiteren Ausbau des Bergarbeiterverbandes. Aber wir brauchen auch die Unterstützung aller Bergarbeiter, damit auf Grund unseres Einflusses das geschieht, was wir zum Schutz für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter als notwendig erachten

Massensturm zum EWB.?

Wenn man dem „Ruhr-Echo“ glaubt, dann müßte der neue rote Zerpfalterverband schon eine starke Macht sein. 1471 Eintritte an einem Tag! Natürlich ist es leicht, Hunderte von bisherigen RGD.-Mitgliedern und Ausgeschlossenen für den neuen Verband zu bekommen. Leicht ist es auch, Erwerbslose zu veranlassen, Eintrittscheine auszufüllen! Aber die Art der Berichterstattung zeigt schon den Schwindel. Da sollen in Steele 170 aufgenommen (!!!) und 14 BZV.-Mitglieder übergetreten sein,

auf dem „Gründungskongreß“ traten Mitglieder vom BZV., vom christlichen Gewerbeverein usw. auf. Die Namen sind nur durch Buchstaben angedeutet und deshalb sagen wir: **Wo keine Namen genannt werden, handelt es sich von vornherein um Schwindelmeldungen!**

Wie es in Wirklichkeit mit den „Erfolgen“ aussieht, dafür einige Beispiele:

In Bochum fand die Gründungsversammlung im Schützenhof statt. Man hatte Stuhlreihen gestellt, erwartete also Tausende. Es kamen 250! Aufgenommen wurden nach dem „Ruhr-Echo“ 62, in Wirklichkeit kaum die Hälfte. Also eine große Pleite!

In Gladbeck meldet das „Ruhr-Echo“ eine Versammlung von 300 Leuten. In Wirklichkeit waren es kaum 40! Die gemeldeten 95 Aufnahmen sind selbstverständlich um ein Vielfaches übertrieben. Hier stimmt es, daß Fuhr, lange Jahre im Bergarbeiterverband, dem neuen Verband beigetreten ist. Da Fuhr aber seit 1½ Jahren keine Beiträge zu unserem Verband mehr bezahlt, kann man mit ihm nicht als Mitglied des BZV. prunken.

Aus Altenbochum wurde der Kamerad Gustav Reumann als Vorstandsmitglied der Ortsgruppe des neuen Verbandes genannt. Er ist aber weder Vorstands- noch einfaches Mitglied der Zerpfalterorganisation, sondern nach wie vor in unserem Verband.

Aus Bochum wird gemeldet, daß ein alter 71jähriger Mitbegründer des Verbandes, Albersmeier, und sein Bruder dem EWB. beigetreten seien. A. war früher Verbandsmitglied. Zu den Subkaren des Verbandes gehört er nicht, er ist seit Jahren nicht mehr Mitglied!

In Dortmund trat in der Gründungsversammlung Bag von Kaiserstuhl als Schwindler auf. „Ruhr-Echo“ und „Westf. Kämpfer“ hatten von ihm schon berichtet, daß dieser „seit 30 Jahren organisierte Kämpfer“, Delegierter zu unserem Verbandstag 1907 in Eisenach, zum neuen Verband übergetreten sei. Bag wiederholte diese Lüge in der Versammlung, obwohl feststeht, daß er weder 1907 in Dortmund, noch 1909 in Eisenach Delegierter war! Daß sich die Leute solcher dummen Lügen nicht schämen!

Was geschieht mit den Verbandsbeiträgen?

Wie werden sie verwendet?

Besonders von Unberufenen wird hin und wieder der staunenden Mitwelt im Tone tiefster Entrüstung erzählt, wie in den Gewerkschaften die Beiträge der Mitglieder „verpulvert“ werden. Insbesondere versucht die Unternehmerpresse des öfteren, den Nachweis zu führen, daß die Verwaltungskosten in keinem Verhältnis zu den den Mitgliedern wieder zufließenden Beiträgen (Unterstützungen) ständen. Wenn die Unternehmerpresse solchen Unfuhm verzapft, so nimmt man ihr das weiter nicht übel, weil ja die Absicht, die Geschäftsführung der Gewerkschaften vor der Öffentlichkeit herabzusetzen, eigentlich der Zweck der Uebung ist.

Unseren Funktionären wird aber auch des öfteren bei der Agitation entgegengehalten, die Beiträge seien zu hoch und der Verband leiste nichts dafür. Diese Auffassung ist selbstverständlich falsch. Die an die Mitglieder unseres Verbandes wieder zurückfließenden Beträge haben eine ansehnliche Höhe erreicht. Aber auch die Unterstützungsbeträge, die der einzelne bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder bei sonstigen Unterstützungsfällen erhält, sind im Laufe der Zeit immer wieder gesteigert worden. So erhält ein Mitglied bei 52wöchiger Mitgliedschaft und einem Beitrag von 1,20 M. pro Woche bei Krankheit für die Dauer von 48 Tagen 38,40 M., bei Arbeitslosigkeit sogar 57,60 M. Wohl gemerkt, diese Unterstützungsbeträge werden bereits nach einer Mitgliedszeit von einem Jahre gewährt! Bei einer zehnjährigen Mitgliedschaft mit voller Beitragszahlung erhält ein Mitglied im Krankheitsfalle für 150 Tage (25 Wochen) insgesamt 120 M. und bei Arbeitslosigkeit 180 M. Unterstützung. Und nun liegen die Dinge nicht etwa so, daß, wenn ein Mitglied die genannten Unterstützungsbeträge bezogen hat, es nichts mehr zu erwarten hätte. Nein, nach Zahlung von weiteren 52 vollen Wochenbeiträgen

hat das Mitglied, wenn es erneut krank oder arbeitslos wird, wiederum Anspruch auf dieselben Unterstützungsbeträge.

Hieraus ergibt sich ganz klar, wie segensreich die Unterstützung sich in unserem Verbandsauswirkte, besonders aber in wirtschaftlich schlechten Zeiten, wie wir sie zur Zeit haben. Dies geht auch aus folgenden Zahlen hervor: Im Ruhrbezirk wurden an Unterstützungen ausgezahlt:

1930	Kranke	Arbeitslose	Kurzarbeiter
April	22 088,85	26 898,31	26 950,03
Mai	24 803,15	40 817,00	47 918,30
Juni	21 084,00	48 874,10	42 416,35
Juli	22 347,45	57 903,70	61 054,40
August	22 094,55	62 064,58	80 130,60

Dazu kommen noch die Unterstützungen bei Maßregelungen, bei Streiks und in Sterbefällen. Besonders ist die Gewährung des Rechtsschutzes von erheblicher Bedeutung.

Gegen diese Zahlen kommt auch das Gezeiger der Unternehmerrödinge nicht an. Es zeigt aber auch den Bergarbeitern, daß sie gut daran tun, wenn sie unserem Verbands beitreten. Einmal hat jeder Arbeiter die Pflicht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um im Verein mit seinen Berufskameraden für die Bergarbeiterschaft bessere Verhältnisse zu erkämpfen, aber auch die Daseinsbedingungen für sich und seine Familie erträglich zu gestalten. Dazu gehört auch, daß unsere Mitglieder bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und sonstigen Notsfällen des Lebens vor der größten Not geschützt sind. Nicht nur der ist ein vollwertiger Kämpfer, der körperlich und geistig gesund ist, sondern der auch wirtschaftlich allen Wechselfällen des Lebens Schach bieten kann.

Deshalb zögere nicht länger und werde Mitglied unseres Verbandes!

Aus Sachsen.

Auch hier RGD.-Theater.

Eine Blütenlese der „glorreichen Führung“ des RGD. beim letzten Bergarbeiterstreik im Revier Lugau-Oelsnitz.

Nach dem „Schauspiel“, welches sich in unserem Kohlenrevier innerhalb der letzten Wochen im Lohnstreik der sächsischen Bergarbeiter abgepielt hat, halten wir es doch für unsere Pflicht, mit einigen Worten darauf einzugehen. Seit Monaten lesen wir im „Kämpfer“, der „Rote Rubenlampe“ und in fast täglich an die Bergarbeiter zur Verteilung gelangenden Flugblätter, „Wählt Kampfleitungen! Macht die Bergarbeiter mobil und streikfähig!“ Dann kommen große Berichte über stattgefundene Belegschafts- und öffentliche Bergarbeiterversammlungen, „einstimmig angenommene Entschlüsse“, in denen eine ganze Anzahl von Forderungen für die Bergarbeiter aufgeführt wurde, sodann „einstimmig gefasste Streikbeschlüsse“ und zum Schluß zum soundsovielten Male die Aufforderung an die Kumpels, „unter der Führung der RGD. in den Streik zu treten“. Und als der von dieser „Führung“ wiederholt verschobene festgesetzte Tag anbrach, verlagte die „glorreiche Führung“ aber vollständig! Die Führung der RGD. unter Leitung des Herrn Reichstagsabgeordneten Knöchel aus Oelsnitz und des Herrn Landtagsabg. Mehlhorn aus Zschopau, die in den Versammlungen den Mund nicht weit genug aufreißen konnten und in der Presse und in Flugblättern Löhne nicht stark genug fanden und sich so überaus „revolutionär“ selbst übertrafen, verkrochen sich an diesem und den folgenden Tagen, als der Streik beginnen sollte, feige in alle Winkel. Auf allen Betriebsabteilungen saßen die Herren „Führer“ in ihren Betriebsratssitzimmern und warteten der Dinge, die — nun kommen sollten, aber leider ausblieben. Sie alle — ohne Ausnahme — verkrochen sich hinter die „reformistischen“ Betriebsräte und sonstige Formalitäten. Ihr „revolutionärer Glanz“ war auf einmal verfliegen, und was noch übrig blieb, war ein hübschen Unglück. Selbst auf den beiden Betriebsabteilungen Vereinsglück und Deutschland, wo doch die übergroße Mehrheit des Betriebsrats unter „Führung“ des Betriebsratsvorsitzenden Herrn Landtagsabgeordneten Mehlhorn sich aus lauter „waschechten“ und „linientreuen“ Anhängern, hinter denen doch angeblich die gesamte Belegschaft steht, zusammensetzte, hat alles verjagt! Nicht ein einziger dieser traurigen Helden hatte den Mut, der Belegschaft gegenüber die Aufforderung zu dem von diesen „großen Führern“ beschlossenen Streik anzubringen. Sie alle verkrochen sich hinter die „anderen“, die man früher und auch heute wieder als die Verräter beschimpft. Der Betriebsrat vom Augustaschant erklärte unseren Kameraden auf Anfrage, warum sie als Führer der RGD. nicht mitstreikten: „Wir haben von Mehlhorn die Anweisung, in den Streik erst dann einzutreten, wenn die Mehrzahl streikt!“ Die Anweisung, erst dann zu streiken, wenn die große Mehrheit der anderen Bergarbeiter streikt, haben all die „großen Führer“ der RGD. ganz gewissenhaft befolgt. Sie alle

handelten nach dem Grundsatz: Hannemann, geh du voran! Damit steht fest, daß die Streikparole der RGD. nur für die Dummen berechnet war. Ihr heutiges Geschrei, die „Reformisten“ hätten Verrat begangen, darum müßte auch ein neuer roter Verband gegründet werden, ist eitel Spiegelfechterelei und eine Heuchelei, wie sie größer von niemandem übertroffen werden kann. Auch hier reflektieren sie wieder auf die Dummheit der anderen. In einem Augenblick, in dem sich die Bergarbeiter unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise einen Lohnraub gefallen lassen mußten und alle Ursache haben, sich zusammenzuschließen und sich für kommende Kämpfe zu rüsten, sollen sie durch das Diktat der kommunistischen Partei noch mehr zerrissen werden, nur um die Parteifuppe zu fuchen. Pui Teufel über solche Führer der Arbeiterbewegung!

Am 10. Januar wurde wieder ein Flugblatt ausgegeben mit der Aufforderung an die Bergarbeiter, erneut Delegierte zu wählen und zum „Kampf“ zu rüsten. Wir gehen auf das Flugblatt selbst nicht ein. Es ist von Knöchel, M. d. R., gezeichnet. Der Inhalt des Flugblattes sieht auch wie Knöchel aus! Wir greifen nur folgende Stillbilte heraus:

„Glaubt ihr, Kumpels, daß die Uhlmann-Fritsch nun zum Streik aufrufen? Nein, sie werden jetzt offen erklären, daß sie

Sdrastwuj, durak!¹

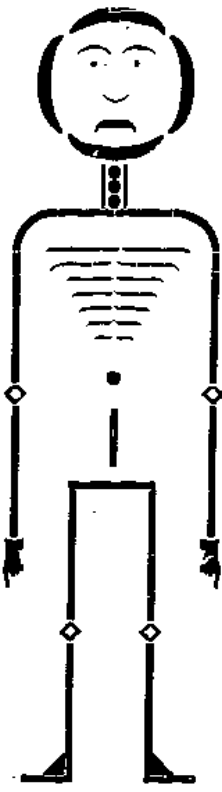
Quakel spricht: Die RGD. KPDmelt Blech und Stroh, füttert Hinz und Kunz mit Phrasen, die den letzten Grips vergasen.

Sohnhafte RGD.-Manier: Sitzt im Hemd von Glaspapier, statt sich aber selbst zu kratzen, schimpft sie wie ein Schwarm von Spatzen.

Sswolotcsch,² Schuler,³ Saukin ssyn,⁴ Einmal raus und einmal rin. Raus, durak,⁵ aus dem Verbands. Rin, towarisch,⁶ keine Schande.

Streikt, Vernichtet, Putsch, Zerstört. Macht Radau, Krakeel empört. Also schreiben Stalins Bonzen. Rubel rollen und Tschewozzen.⁷

Streikt! hetzt heute Stalinsohn, andern Tags läuft er zur Fron. Also handeln Demagogen unterm Schirm der RGDgen.



Ich, der Quakel, weiß genau: Moskau blüht nur im Radau. Bluff, Klamauk, Tamtam, Parolen. Generallstreikkapriolen.

Sdrastwuj, Stalin, krassnyj zar!⁸ Was die „Prawda“⁹ schreibet, ist wahr: RGD. zerschlug Verbände! Judas-SPD. am Ende!

Ha, das Kapital ist heut oshschaj charascho¹⁰ erfreut, weil die (Gummi-)Zellenbauern den Erfolg stets vermoskauern.

Quakel (siehe Zeichnung) schließt: Ich war auch mal Kommunist, will ich den Verband verrekeln, kann ich auch als Nazi quäkeln.

Victor Kalinowski.

¹ Sei gegrüßt Dummkopf! ² Gesindel. ³ Falschspieler, Bauernfänger. ⁴ Sohn der Hündin. ⁵ Dummkopf. ⁶ Genosse. ⁷ Altruss. Münze: 21,60 M. in Gold. ⁸ Groß dir, Stalin, roter Zar! ⁹ Wahrheit. ¹⁰ Sehr gut

gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch nicht kämpfen können. Damit steht nun vor den gesamten Bergarbeitern die Frage: entweder — oder! Entweder mit der gesamten Bergarbeiterchaft unter Führung der RGD. den sofortigen Kampf aufnehmen oder sich den Lohnraub gefallen lassen. Nun, wir glauben, alle Bergarbeiter in unserem Revier wählen das letztere: deshalb sofort Stellungnahme.

Dieses ist der neueste Aufruf des Herrn Knöchel, M. d. R. Die Beurteilung dieses Aufrufs überlassen wir unseren Kameraden selbst. Wir haben nur in ganz kurzen Zügen die ungeheuren Widersprüche aufgezeichnet, die zwischen den Reden der Führer der RGD. und ihrer wirklichen Tätigkeit vorhanden sind. An Hand dieser Tatsachen läßt sich ganz klar feststellen, daß es diesen traurigen Helden tatsächlich nicht um die Interessen der Bergarbeiter geht. Ihnen soll die Notlage der Bergarbeiter nur dazu dienen, politische Geschäfte zu machen. Und wenn heute ein neuer roter Bergarbeiterverband gegründet werden soll, dann bedeutet dies ein neues Verbrechen an den schwer um ihre Lebenshaltung ringenden Bergarbeitern. Es ist die zweite Auflage der unruhlmäßig entschlafenen Union!

Bergarbeiter, denkt daran, ob dies für euch von Vorteil sein kann, und sorgt dafür, daß der neugegründete Verband ein totgeborenes Kind bleibt!

Aus dem Ruhrgebiet.

Bürgerliche Presse und Ruhrschiedspruch.

Nach der „Berliner Börsen-Zeitung“ (Nr. 17) lehnt der Ruhrbergbau ab, aus dem politischen Schiedspruch politische Folgerungen zu ziehen, etwa in Gestalt demonstrativer Stilllegungen oder Entlassungen. Er werde die Dinge der wirtschaftlichen Entwicklung überlassen, sei sich allerdings darüber klar, daß die ungenügende Entlastung nach der erheblichen Vorleistung das weitere Durchhalten der Halbenbestände mit einem Wert von 200 Mill. M. und die weitere Einlegung der sehr kostspieligen Feiertagslöhne mit dem Zweck der Beschäftigung der an sich überflüssigen 25 000 Bergarbeiter sehr erschwere.

Nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 18) bleibt viel Unerfreuliches aus diesem Kampfe zurück: Erstens innerhalb der Ruhrwirtschaft, und zwar bei beiden Partelen: das Gefühl, daß der Ruhrbergbau abseits der anderen Wirtschaft besonders behandelt werden mußte. Jedenfalls stehe überall im Lande das eine fest, daß das System der amtlichen Lohn- und Preisfestsetzung aus diesem Kampfe einmal wieder arg ramponiert hervorgehe. Die nächste Folge würde sein, daß die beabsichtigte Eisenpreiserhöhung zwar nun vorgenommen werde, daß sie aber nicht, wie man hoffte, 10 bis 12 M. je Tonne, sondern nur 7 bis 8 M. betragen werde.

Nach dem „Berliner Börsen-Courier“ (Nr. 17) ist aus politischen Gründen die wirtschaftlich richtige Entscheidung nicht gefunden worden. Die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Ergebnisse dieses Spruches seien die gleichen: Die beschäftigte Arbeiterschaft habe zwar einen höheren Lohn durchgesetzt, aber auf Kosten derjenigen Kollegen, deren Beschäftigungsmöglichkeiten in den nächsten Monaten zerklüftet werden.

Nach Schmidt in der „Kreuz-Zeitung“ (Nr. 11) ist der Ausgang des Lohnkampfes sehr zu bedauern; denn es werde niemand bestreiten können, daß politische Augenblicksrücksichten gegenüber wirtschaftlichen und staatlichen Zukunftsnöwendigkeiten gesiegt haben.

Nach der „Köln. Ztg.“ (Nr. 19) muß man materiellen Inhalt und Begleitumstände der Entscheidung mit gemischten Gefühlen betrachten. Der Preis für die „Vorleistung“ der Kohlenpreissenkung vom Oktober werde in etwas spärlicher Scheidemünze nach langem Hin und Her bezahlt. In dem neu errichteten Hilfsmittel des Dreimännerkollegiums sei eine zwar mildere, in ihren Wirkungen aber ähnliche Einrichtung wie der frühere Einmann-Schiedspruch zu erblicken. Die neue Einrichtung ermögliche wieder eine weitgehende Beeinflussung des Wirtschaftsablaufs durch den Staat und seine Organe.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (Nr. 19) betont, daß die Verbindlichkeitsklärung nach der noch immer geltenden Schlichtungsordnung nur erfolgen kann, wenn die im Schiedspruch getroffene Regelung bei gerechter Abwägung der Interessen beider Teile der Billigkeit entspricht und ihre Durchführung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erforderlich sei. Wenn nun trotz dieser Vorschrift die Verbindlichkeitsklärung nur mit dem öffentlichen Interesse begründet werde, so liege die Vermutung nahe, daß man es vorzog, die vom Gesetz verlangte Begründung zu unterlassen. Der Schiedspruch sei also ein politisches Produkt.

Nach der „Deutschen Tages-Zeitung“ (Nr. 20) muß festgestellt werden, daß die Reichsregierung eine politische Entscheidung getroffen hat, die wirtschaftlich nicht nur durchaus unbefriedigend ist, sondern sogar recht erhebliche Gefahren nach dieser Richtung in sich schließt.

Nach der „Deutschen Zeitung“ (Nr. 10 a) hat im Gefolge des Arbeitsstreites an der Ruhr die Regierung Vertrauen verloren, ist der Grundpfeiler ihrer Politik, der Preisabbau, schwer beschädigt worden und ist zudem von Herrn Dietrich die Unsicherheit des Reichshaushalts und der Erwerbslosenhilfe bestätigt worden.

Nach Günther Stein im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 19) geht es bei dem Ruhrkonflikt nicht um Prozente von mageren Lohnsummen, sondern um Prinzipien, um Machtpositionen, um den Staat. Der Ruhrkampf sei nur ein Ausschnitt aus dem großen Kampfe des Jahres 1931 auf allen Gebieten der deutschen Wirtschaft. In anderen Gewerben türmten sich die Tarifkündigungen, die Lohnabbauwünsche der Arbeitgeber, die Proteste der Gewerkschaften, die Kompromißschiedsprüche, die Verbindlichkeitsklärungen. Auch andere Länder ständen in schweren Arbeitskämpfen, aber nur in Deutschland seien sie mehr Wirtschaftskämpfe, seien sie Kämpfe zwischen dem bestehenden System der Reaktion und der Revolution. Der westdeutsche Wirtschaftskorrespondent des Blattes betont, den Kampf um den „politischen Lohn“ hätten ideell die Unternehmer verloren, obzwar den materiellen Verlust die Bergarbeiter zu tragen hätten. Der rein praktische Unterschied des neuen Schiedsverfahrens gegenüber dem Einmann-Schiedspruch sei gering. In den Kreisen der Belegschaft herrsche die Auffassung vor, daß durch den Schiedspruch der Prozeß beschleunigt werden müßte, den man aus sozialen Gründen schon allzulange hinausgezögert habe: Neue betriebliche Konzentration, Förderungszusammenlegung, Belegschaftslegung, Abbau der Halben.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 10) betont zur Ablehnung des Spruchs durch die Gewerkschaften: Die Taktik regiert die Stunde. Den ersten Gebrauch, den die Gewerkschaften von der Wiedergewinnung ihrer taktischen Freiheit gemacht hätten, sei der gewesen, daß sie noch vor dem neuen Schlichter ihre Konzeption einer vierprozentigen Lohnsenkung zurückzogen und plötzlich die Behauptung aufstellten, daß nach neuerlichen Feststellungen die Lage des Bergbaues so gut sei, daß selbst eine nur vierprozentige Lohnsenkung nicht notwendig wäre. Durch diesen Schachzug könnten sie gegenüber ihren Anhängern den starken Mann spielen. Das Blatt befürchtet, daß die frühere Schlichtungsnot bald wieder neu erstehen werde.

Nach der „Rhein.-Westf. Ztg.“ (Nr. 18) ist jedenfalls ein Erfolg der wirtschaftlichen Betätigung im Bergbau auf Grund des Schiedspruchs nicht gegeben. Man müsse den Ausgang im Lohnkonflikt auch deshalb bedauern, weil er richtunggebend für die gesamte deutsche Wirtschaft sein werde. Durch die unsachliche und unverantwortliche Entscheidung habe man die allgemeinen Sorgen vergrößert und verlängert. In Nr. 19 bezeichnet das Blatt den Schiedspruch als unsozial, weil er die Gefahr einer Fortdauer der Verlustwirtschaft im Bergbau in sich birgt, so daß weitere Stilllegungen drohten.

Nach dem „Hann. Kur.“ (Nr. 19) werden beide Teile zunächst einmal die Auswirkung des Schiedspruchs abwarten müssen, sowie was die Reichsregierung an allgemeinen Maßnahmen zur Erleichterung der Wirtschaftslage zu unternehmen gedenkt.

Vertrauen zum Verband.

Eine in Dortmund sehr gut besuchte Versammlung der Funktionäre am 16. Januar nahm ein Referat des Kameraden Limberg über Wirtschaftslage und Lohnstreik beifällig entgegen. In lebhafter Debatte wurden die Ausführungen und das von der Konferenz am 1. Januar der Verbandsleitung und den Verhandlungsführern ausgesprochene Vertrauen unterstrichen, so daß sich die Annahme einer neuen Entschließung erübrigte.

Aus dem Saargebiet. Vereinbarung der Reichsnappstaff mit der Saarnappstaff betr. ärztliche Versorgung der Pensionsempfänger.

Zwischen der Reichsnappstaff und der Saarnappstaff ist über gegenseitige Versorgung der Knappstaffinvaliden und Ruhegeldempfänger mit freier Kur und Arznei sowie über die Familienkrankenfürsorge mit Wirkung vom 1. Januar folgendes Abkommen getätigt worden:

Die Versorgung der Knappstaffinvaliden und Ruhegeldempfänger mit Kur und Arznei erfolgt durch diejenige Knappstaff, in deren Bezirk der anspruchsberechtigte Invalide bzw. Ruhegeldempfänger wohnt. Die Art und der Umfang des Anspruchs richten sich nach den Bestimmungen der nach Vorstehendem zuständigen Knappstaff.

In entsprechender Weise übernehmen die Bezirksnappstaffen bzw. die Saarnappstaff auch die Durchführung der Familienkrankenfürsorge der Angehörigen und Hinterbliebenen der Knappstaffinvaliden und Ruhegeldempfänger, dies allerdings nur auf Antrag und gegen Erstattung der von der zuständigen Knappstaff für die Beteiligung an der Familienkrankenfürsorge festgesetzten Beiträge und nach Maßgabe der diesbezüglichen Bestimmungen dieser Knappstaff.

Die Versorgung der Knappstaffinvaliden und Ruhegeldempfänger erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen frei. Für die Familienkrankenfürsorge ist jedoch bei der Saarnappstaff ein monatlicher Beitrag von 6 Fr. und bei der Reichsnappstaff der Beitrag der zuständigen Bezirksnappstaff, welcher 1 bis 3 M. beträgt, zu zahlen. Wenn Pensionsempfänger von der Reichsnappstaff pensioniert wurden und im Saargebiet wohnen, müssen sie also den Antrag auf Aufnahme in die Familienkrankenfürsorge stellen und sich bereit erklären, den monatlichen Beitrag von 6 Fr. sich von ihren Pensionsbezügen in Abzug bringen zu lassen. Den Anspruch auf die Familienkrankenfürsorge erhalten sie dann, wenn der Beitrag für drei Monate zurückgelegt ist, da eine Wartzeit von drei Monaten besteht.

Die Invaliden und Ruhegeldempfänger erhalten den Anspruch ohne Beitragsleistung sofort ab 1. Januar 1930, sie müssen jedoch einen Antrag bei der Knappstaff auf Zuführung einer Befähigung stellen, damit sie den Anspruch bei den Ärzten nachweisen können.

Taufmann gesucht! Der Hauer Friedrich Bauer aus Sulzbach, Musikantenstraße 15, beschäftigt auf Grube König, sucht Taufmann nach Grube Mellin (Sulzbach). Interessenten wollen sich bei Bauer melden.

Dankagung! Für die überaus reiche Spende von 668 Fr., gesammelt von Kameraden der Grube Hirschbach, allen Spendern meinen herzlichsten Dank! Frau Joh. Müller II, Dudweiler.

UNSERE TOTEN

Zahlstelle Utentessel. Am 10. Dezember starb nach schwerem Kriegesleiden unser Kamerad Ludwig Biewer im Alter von 33 Jahren. Die Zahlstelle verliert in ihm einen stets eifrigen und pflichtbewußten Funktionär. Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Breittfabrik, Hindenburg. Plötzlich und unerwartet starb unser Kamerad Paul Baprotin. Er war Betriebsratsmitglied und hat sich im Sinne unseres Verbandes als Funktionär ständig betätigt. Seine Kameraden, die seine ruhige und fachliche Art schätzten, werden seiner ehrend gedenken!

Zahlstelle Redlinghausen. Unsere Zahlstelle verlor durch den Tod das Mitglied Karl Becker. Er stand treu zur Organisation. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Zahlstelle Wansleben (See). Am 10. Januar starb unser langjähriges Mitglied und pflichteifriger Funktionär Friedrich Wagner. Er war allezeit bereit, in vorbildlicher Weise für den Ausbau seiner Organisation zu wirken und zu arbeiten. Wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Verbandsnachrichten

An unsere Ortsverwaltungen!

Betrifft: Ansprüche auf Werbeprämie. Nach den Bedingungen zwecks Erteilung von Prämien für hervorragende Agitation müssen die Anträge bis zum 31. Januar 1931 beim Vorstand eingereicht sein. Die Ortsverwaltungen wollen dafür sorgen, daß diese Anträge für alle Kameraden, die sich an der prämiierungsfähigen Werbung beteiligt haben, frühzeitig hier eingehen. Die Prämien werden gemäß Punkt 1 der Bedingungen nur an einzelne Kameraden erteilt. Selbstverständlich wird die Prämie auch dann nicht verweigert, wenn 3. B. zwei Kameraden gemeinsam eine Anzahl Aufnahmen gemacht haben. In einem solchen Falle müssen sich die beiden über die Teilung der Prämie verständigen. Eine Ausnahme kann dann für Prämierung angerechnet werden, wenn das Eintrittsgeld und mindestens ein Wochenbeitrag entrichtet wurden. Alle Anträge müssen über die Bezirksleitung oder über die Geschäftsstelle gehen. Mit Ablauf des Monats Januar läuft auch die Prämienwerbung ab. Der Vorstand.

Kamerad Karl Sowa, Essen-Holsterhausen, wurde wieder in den Verband aufgenommen.

Knappstaffsältestenkommission Gelsenkirchen.

Am Sonntag, dem 8. Februar, vormittags 9.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Buer, Dorfener Straße: Quartalsversammlung. Referent zur Stelle. Verbandsmitgliedsbücher sind mitzubringen!

Knappstaffsältestenkommission Herne.

Sonntag, 1. Februar, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus zu Redlinghausen: Sitzung. Es ist Pflicht der Ältesten, vollständig zu erscheinen!

Unter Tage ist ein guter Begleiter der würdige und billige GEG Kautabak aus reinem Kentucky mit feinsten Zutaten. In Rollen, Stangen, Bündeln oder Hufeisen aus dem Konsumverein.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 2 Jahre Gute Taschenuhr nur M. 2,80. E. Winkler: Organisations- u. Werbetechnik in der Arbeiterbewegung. Organisations-Preis: broschiert 2,70 M., gebunden 3,80 M. H. Hansmann & Co., Bochum.

Billige böhmische Bettfedern. Nur reine gutfüllende Sorten. Garant. Seimarbeit. Silbermodell 1.9.3.1. E. Meyer, Strickmaschinen, Güterstr. 190 (Westf.) :: Postfach 115.

Keine Worte Preise! Handbinder & Co. M. GROSSMANN, München 50-58.

Auch gegen veraltete beiden wachsen Heilkräuter. Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 401 (Baden). Gartenfreunde. PREISABBAU - Neue Gänsefedern. Käse. Edel-Kanarien. Aus unserem neuen Gratis-Katalog: Damen-Schuhe. Preisabbau! Käse. Arbeiten Sie zu Hause!

Josel Witt, Weiden (Oberpfalz). 31422 Spindeln in eigener Spinnerei. 1496 Webstühle in eigene Webereien. 2000 Arbeiter und Angestellte. 400 Eisenbahn-Waggonladungen Webwaren. 900 000 Nachbestellungen. Ausnahme-Angebot! Bis auf weiteres noch 10% Rabatt auf diese Preise!

20000 Paar reinwollene Herren-Hosen. Gummiwaren. Anzeigen. Neue Gänsefedern! E. Meyer, Güterstr. 190 (Westf.) :: Postfach 115.

Gefucht an allen Orten fleißige und strebsame Perf. zur Übernahme einer Trikotagen- und Strumpffabrik. Neher & Fohlen - Saarbrücken 3.

BETT FEDERN. Christ. Zehntausend Dankeschreiben. 1 Pf. grau - 80, 1 Pf. hell - 80, 1 Pf. dunkel - 80, 1 Pf. weiß - 80.

Honig. Pflaumenmus. ha, ha, ha. Bettmatten. Ein offenes Wort. Vorbeugen. Nicht abreiben. Gummilatt. EISU. Betten. Inventur-Ausverkauf. Verbandsnachrichten. Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Arbeiten Sie zu Hause! „Der Heimstricker“ hilft Ihnen viel Geld verdienen. Ohne besondere Vorkenntnisse. Mit vorläufigem geringem Betriebsmitteln sichern Sie sich ein GUTES EINKOMMEN. ALLES NÄHERE PROSPEKT 90. Bitte kostenlos verlangen! Schreiben Sie noch heute! GUSTAV NISSEN & CO. DRESDEN 6, Kosernstr. 90.

Bettmatten. Ein offenes Wort. Vorbeugen. Nicht abreiben. Gummilatt. EISU. Betten. Inventur-Ausverkauf. Verbandsnachrichten. Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Arbeiten Sie zu Hause! „Der Heimstricker“ hilft Ihnen viel Geld verdienen. Ohne besondere Vorkenntnisse. Mit vorläufigem geringem Betriebsmitteln sichern Sie sich ein GUTES EINKOMMEN. ALLES NÄHERE PROSPEKT 90. Bitte kostenlos verlangen! Schreiben Sie noch heute! GUSTAV NISSEN & CO. DRESDEN 6, Kosernstr. 90.

Bettmatten. Ein offenes Wort. Vorbeugen. Nicht abreiben. Gummilatt. EISU. Betten. Inventur-Ausverkauf. Verbandsnachrichten. Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!

Bettmatten. Ein offenes Wort. Vorbeugen. Nicht abreiben. Gummilatt. EISU. Betten. Inventur-Ausverkauf. Verbandsnachrichten. Billige böhmische Bettfedern vom Gänsezüchter!